



II- 1735 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

785 / A. B.  
zu 728 / J.  
Präs. am 1. Sep. 1971

Zl. 26.777-PrM/71

26. August 1971

Parlamentarische Anfrage Nr. 728/J  
an die Bundesregierung, betreffend  
Maßnahmen der Bundesregierung für  
das Bundesland Wien;

Beantwortung

An den

Präsidenten des Nationalrates,  
Dipl. Ing. Karl WALDBRUNNER,

lolo W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat PROBST, CZERNETZ, LANC, NITTEL, Robert WEISZ, WEIKHART und Genossen haben am 7. Juli 1971 unter der Nr. 728/J an die Bundesregierung eine schriftliche Anfrage, betreffend Maßnahmen der Bundesregierung für das Bundesland Wien gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Am Ende der Herbstsession des Nationalrates 1970/71 wurden an alle Mitglieder der Bundesregierung Interpellationen betreffend die Durchführung der Regierungserklärung gerichtet. Diese Anfragen wurden im Laufe der Monate März und April 1971 von den befragten Regierungsmitgliedern in sehr ausführlicher Weise - getrennt nach Ressorts - beantwortet.

In den seither vergangenen Monaten hat die Bundesregierung ihre Bemühungen um die Verwirklichung dieses Regierungsprogrammes intensiv fortgesetzt.

Um einen Überblick zu erhalten, welche Maßnahmen der Bundesregierung von besonderer Bedeutung für das Bundesland Wien sind (beispielsweise auf dem Sektor des Schulbaues, des Straßenbaues, der Industrieförderung, der Verkehrserschließung etc.), stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesregierung gemäß § 71 GOG die nachstehende

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen haben die einzelnen Mitglieder der Bun-

desregierung oder die Bundesregierung als Ganzes in Verwirklichung der Regierungserklärung oder über die Regierungserklärung hinausgehend gesetzt, die für das Bundesland Wien von Bedeutung sind?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

Wie bereits in dem der Einleitung der Anfrage dienendem Text von den anfragenden Abgeordneten festgestellt wurde, ist die Bundesregierung stets bemüht gewesen, die von ihr in der Regierungserklärung dargelegten Ziele zu realisieren. Die Bemühungen um die Verwirklichung dieses Regierungsprogrammes wurden stets intensiv geführt. Zur Darstellung der von den einzelnen Regierungsmitgliedern in diesem Sinne gesetzten Maßnahmen habe ich die einzelnen Bundesminister um Stellungnahmen er-sucht und diese - dem Wortlaut der Anfrage folgend - ressortweise zusammengefaßt

#### 1. Bundeskanzleramt

Die allgemeinen Forderungen aller Bundesländer, die im ergänzten Forderungsprogramm der Länder vom 20. Oktober 1970 zusammengefaßt sind, wurden, soweit hierüber in den wiederholten Aussprachen mit den Ländern übereinstimmende Auffassungen erzielt worden sind, zum Gegenstand einer Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz gemacht, deren Entwurf am 10. August 1971 einem umfassenden Begutachtungsverfahren zugeführt worden ist.

Im Bereich der verstaatlichten Industrieunternehmen sind von der ÖIAG als Eigentümer-Holding dieser Unternehmen bzw. den verstaatlichten Unternehmen selbst, nachfolgende im einzelnen angeführte Maßnahmen gesetzt worden, die für die österreichische Wirtschaft und im besonderen für die Bundesländer von Bedeutung sind.

Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Aktivierung der ÖIAG als Aktiengesellschaft getroffen, sodaß diese am 23. Juli 1970 in das Handelsregister eingetragen werden konnte. Damit ist auch die ÖIG-Gesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 47/70, praktisch wirksam geworden.

Im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Aufgabe, die den verstaatlichten Unternehmen zukommt, und im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze, hat die Bundesregierung die der ÖIAG auf Grund des ÖIG-Gesetzes insbesondere obliegenden Aufgaben der Koordinierung der Unternehmen der verstaatlichten Industrie sowie die Förderung der Forschungstätigkeit in diesen unterstützt.

-3-

Die ÖIAG konnte sich nach langwierigen Verhandlungen an der Siemens AG. Österreich beteiligen. Durch diese Zusammenfassung der Siemensbetriebe in Österreich unter Mitwirkung der ÖIAG wurden günstige Voraussetzungen für weitere Investitionen im Wiener Raum geschaffen.

Die damit gleichzeitig eingeleiteten Kooperationsverhandlungen zwischen Siemens und der ELIN-UNION AG. haben zu einem günstigen Ergebnis geführt.

Die ELIN-UNION AG. konzentriert ihrerseits ihre Wiener Produktion im Werk Floridsdorf. Durch diese Zusammenlegung der in verschiedenen Bezirken Wiens gelegenen Produktionsstätten im Werk Floridsdorf, wird es nun möglich sein, die freiwerdenden Grundstücke für Wohnungsbau etc. zur Verfügung zu stellen.

Die Erdgasversorgung für die Bundeshauptstadt Wien ist für die nächste Zeit auf Grund eines Vertrages, den die Österreichische Mineralölverwaltung AG. mit der UdSSR abgeschlossen hat, sichergestellt.

Die Österreichische Mineralölverwaltung hat einen Rekordumsatz von 7.676 Mio S im Jahre 1970 erzielt.

Durch die Eingliederung der Firma Trauzl & Hofherr-Schranz Maschinenbau AG. in die Firma Böhler wurde eine Sicherung dieser Arbeitsplätze erreicht und eine weitere wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet.

#### ERP-Kredite im Wirtschaftsjahr 1970/71

Betriebe im Bundesland Wien erhielten im Wirtschaftsjahr 1970/71 insgesamt 137,01 Mio.S für 62 Projekte, die insgesamt 643,73 Mio.S an fixen Investitionen erforderten.

Weitaus an erster Stelle stehen die Kredite für Industrie, Gewerbe und Handel mit 126,71 Mio.S. Die 23 Großkredite mit insgesamt 111,5 Mio.S flossen hauptsächlich der Metallverarbeitung (68 Mio.S), der chemischen Industrie, der Elektro- und der Textilindustrie sowie dem graphischen Gewerbe; die 36 Mittelkredite der Metallverarbeitung, der Textil- und der Nahrungsmittelindustrie zu.

Der Fremdenverkehr wurde durch 2 Projekte mit 2,3 Mio.S ERP-Kredite finanziert, die Land- und Forstwirtschaft erhielt für ein Projekt 8 Mio.S.

Die Beschäftigung in der Wiener Industrie stagnierte 1970 schon, zum Teil auch deshalb, weil weitere Betriebe an Niederösterreich abgegeben wurden. Der aus der Bevölkerungsbewegung sich ergebende Rückgang der Erwerbsbevölkerung wurde in Wien durch einen besonders starken Zustrom von Fremdarbeitern ausgeglichen.

## 2. Bundesministerium für Inneres

Bei der Bundespolizeidirektion Wien wurden jene Arbeiten in Angriff genommen, die es ermöglichen werden, den Polizeicomputer ab Anfang des Jahres 1972 für die Fahndung nach gestohlenen Kraftfahrzeugen im sogenannten on line-Betrieb einzusetzen. Damit werden alle Dienststellen der Polizei in Wien, aber auch alle Polizei- und Gendarmeriedienststellen in allen anderen Bundesländern die Möglichkeit haben, über Telefon oder Fernschreiben, und die Patrouillenwagen über Funk durch Vermittlung ihrer Einsatzzentrale, beim Computer anzufragen, ob bestimmte Kraftfahrzeuge als gestohlen gemeldet worden sind. Die gewährleistete Raschheit in der Auskunftserteilung wird eine wesentliche Verbesserung auf dem angeführten Gebiet der Kraftfahrzeugfahndung im Interesse der Bevölkerung bringen.

Mit Hilfe des erwähnten Computers wird in Wien bei der Einhebung von Organmandaten wegen bestimmter Übertretungen im Straßenverkehr eine Erleichterung sowohl für die Bevölkerung als auch für die Sicherheitswache eintreten, weil ab Anfang des Jahres 1972 Einzahlungslockkarten Verwendung finden können.

Der Neubau des neuen Polizeipräsidiums in Wien, der Ende 1967 begonnen wurde und auf Gesamtkosten von rund S 257 Millionen geschätzt wird, ist fortgesetzt worden.

Durch entsprechende Baumaßnahmen und durch Leistung von Mietzinsvorauszahlungen konnten für die Bediensteten der Bundespolizeidirektion Wien zusätzliche Wohnungen bereitgestellt werden.

### 3. Bundesministerium für Justiz

Die Raumnot der im Justizpalast in Wien untergebrachten Gerichte kann im wesentlichen durch die seit 19.7.1971 erfolgende Übersiedlung des Bundesministeriums für Justiz in das Palais Trautson als behoben angesehen werden.

Das Bundesministerium für Justiz stellte zur zügigen Fortführung der Bauarbeiten am Palais Trautson wie in den Vorjahren auch in den Jahren 1970 und 1971 dem Bundesministerium für Bauten und Technik erhebliche Beträge aus Mehreinnahmen des Justizressorts zur Verfügung (1970 und 1971 je 10 Millionen Schilling).

Die Sanierung der Fassaden des Palais Trautson und des Justizpalastes kann als wichtiger Beitrag zur Stadtbilderhaltung in Wien angesehen werden.

Weiters konnten im Jahre 1971 verschiedene dringendste Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden des Strafbezirksgerichtes Wien und des Bezirksgerichtes Innere Stadt durch die Übertragung von Mehreinnahmen des Justizressorts zu Gunsten des Bundesministeriums für Bauten und Technik begonnen werden.

### 4. Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst hat für die Allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundeslandes Wien (Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Ausstattung von Lehrmitteln) insgesamt S 7.762.563,-- ausgegeben.

Dazu kommen S 625.000,-- als Zuschüsse für Kunstankäufe und zu Ausstellungskosten, die eindeutig dem Bundesland Wien zugute kommen. (In diesem Betrag sind Ausstellungskostenzuschüsse für diverse Wiener Kunstvereine und eine Subvention für die "Kokoschka-Ausstellung" enthalten).

Neben diesen Zuschüssen wurden Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Musik und darstellenden Kunst gesetzt. Sie betragen laut Bundesvoranschlag 1971 für Wien S 54.642.896,--.

Eine Aufgliederung dieser Summe wird weiter unten gegeben werden. Zunächst wäre dazu zu bemerken, daß in diesem Betrag Subventionen nicht berücksichtigt sind, die künstlerischen Vereinigungen, Theater- und Kunstschulen gegeben wurden und die weniger als S 10.000,-- betragen. In der Zusammenstellung scheinen ferner Vereine nicht auf, deren Tätigkeit vorwiegend über den Rahmen eines Bundeslandes hinausgeht; so sind z.B. Förderungsbeträge für Gesamtausgaben von Werken einzelner Komponisten nicht angeführt.

Der vorhin erwähnte Betrag von S 54,642.896,-- fällt mit S 3,800.000,-- den Wiener Festwochen, mit S 100.000,-- verschiedenen Wiener Sommerveranstaltungen (außer Sommeraufführungen Raimundtheater und Kammeroper, mit S 7,600,000,-- den Wiener Symphonikern, mit S 9,530.000,-- den Wiener Philharmonikern, mit S 1,000.000,-- der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien, mit S 630.000,-- der Musikalischen Jugend Österreichs, mit S 70.000,-- dem Ensemble "die reihe". (davon S 20.000,-- als ao. Subvention), mit S 100.000,-- dem Verein der Freunde des Wiener Kammerorchesters, mit S 10.000,-- dem Ensemble 20. Jahrhundert, mit S 15.000,-- dem Haydn-Orchester Wien, mit S 35.000,-- der Gesellschaft der Freunde der Albertina - "Albertina-Konzerte", mit S 25.000,-- dem Ensemble "Kontrapunkte" mit S 50.000,-- dem Concentus Musicus, mit S 97.000,-- der Internationalen Gesellschaft für Alte Musik (Ensemble Musica Antiqua), mit S 20.000,-- der Internationalen Vereinigung für Alte Musik (Musica Antiqua et Nova), mit S 10.000,-- dem Ensemble für Alte Musik (Les Menstrels), mit S 15.000,-- dem Wiener Madrigalchor, mit S 10.000,-- dem Wiener Lehrer-a Capella-Chor, mit S 175.000,-- der Mozartgemeinde Wien (davon S 75.000,-- als ao. Subvention), mit S 25.000,-- der Bach-Gemeinde Wien, mit S 100.000,-- der Wiener Kunstschule, mit S 90.000,-- dem Horak-Konservatorium Wien (davon S 50.000,-- als ao. Subvention), mit S 50.000,-- der Schauspielschule Prof. Krauss für die Renovierung der Unterrichtsräume, mit S 15.000,-- dem Konservatorium für Musik und dramatische Kunst, Direktion Prof. Preyner, mit S 12.000,-- der Schauspielschule Anna Lambert-Offer, mit S 80.000,-- den Musiklehranstalten der Stadt Wien, mit S 8,822.987,-- dem Theater in der Josefstadt (davon S 1,770.000,-- für Instandsetzungsarbeiten), mit S 6,773,116,-- dem Volkstheater (davon S 1,770.000,-- für Instandsetzungsarbeiten),

- 7 -

mit S 5,501.793,-- dem Raimundtheater (S 360.000,-- für Instandsetzungsarbeiten, S 300.000,-- als Sondersubvention und S 100.000,-- für Sommerspiele), mit S 5,950.000,-- dem Wiener Theaterdirektorenverband für Theater in der Josefstadt, Volkstheater, Raimundtheater (davon S 500.000,-- als ao. Subvention für individuelle Gagenerhöhungen für das künstlerische Personal), mit S 1,135.000,-- der Wiener Kammeroper (davon S 100.000,-- für Sommerspiele und S 35.000,-- für Instandsetzungsarbeiten), mit S 890.000,-- der österreichischen Länderbühne-- Theater der Schulen, mit S 323.000,-- dem Theater "Die Tribühne" (davon für Instandsetzungsarbeiten S 23.000,--), mit S 80.000,-- dem Theater der Courage (davon S 20.000,-- für Instandsetzungsarbeiten), mit S 143.000,-- dem Ateliertheater am Naschmarkt (davon S 43.000,-- für Instandsetzungsarbeiten), mit S 1,175.000,-- dem Theater am Börseplatz "Die Komödianten" (davon S 50.000,-- für Tourneen, S 20.000,-- als ao. Zuschuß, S 30.000,-- für Instandsetzungsarbeiten und S 1,000.000,-- für die Schaffung neuer Theaterräumlichkeiten im Künstlerhaus), mit S 30.000,-- dem Theater am Belvedere (davon S 15.000,-- für Instandsetzungsarbeiten), mit S 65.000,-- dem Theater der Jugend für Instandsetzung, mit S 15.000,-- dem Verein Cafetheater, mit S 10.000,-- der Theatergruppe Torso mit S 15.000,-- dem Tschauner Stegreiftheater, mit S 10.000,-- dem Original Tiroler Pradl-Theater, mit S 10.000,-- Treubergs Gratisbühne, mit S 20.000,-- dem Vienna's English Theatre und mit S 10.000,-- der Handpuppenbühne A. Bondi.

Nicht unerwähnt dürfen bei dieser Darstellung die Druckkostenzuschüsse bleiben, die an Institutionen des Bundeslandes Wien im Gesamtbetrag von 705.000,-- Schilling gewährt wurden. Von diesem Betrag erhielt der Verein für Geschichte der Stadt Wien "Plastik in Wien" S 25.000,-- und S 200.000,-- wurden für das österreichische Staatstipendium für Literatur bereitgestellt. Der Restbetrag stellt verschiedene Förderungsprämien dar. An Bundeszuschüssen für die Filmförderung wurden S 13,094.103,-- zur Verfügung gestellt, (Comet-Film 300.000,--, M. Pilz-Produktion S 50.000,--, Cinecoop-Film S 85.000,--, A. Lepeniotis S 255.000,--, Studio-Film S 960.000,--, Neue Thalia-Film S 1,951.000,--, Wiener Kunstfilm S 250.000,--, Schönbrunn-Film S 1,050.000,--, Filmclub Action S 180.000,--, Jahn-Film S 85.000,--, Wien-Film S 5,500.000,--, Regler-Film S 2,227.97

Film-Studio S 200.128,--. Zusätzlich zu den bisher genannten Beihilfen für Filmproduktionen wurden der Viennale S 100.000,-- und dem Wiener Filmclub S 40.000,-- als Beihilfen gewährt. Als Kulturfilmpreis der Stadt Wien wurden S 30.000,-- an die Studio-Film und S 20.000,-- an die Szöts-Film vergeben.

Die Bundeszuschüsse auf dem Investitionsförderungssektor für Sportanlagen im Jahre 1971 betragen bis zum Stichtag 31. 7. 1971 für das Bundesland Wien S 280.000,--. Von diesem Betrag entfallen S 250.000,-- auf den Post SV für die Errichtung einer Großsportanlage und S 30.000,-- an den Akademischen Schiclub für die Errichtung einer Schihütte.

#### 5. Bundesministerium für soziale Verwaltung

Der örtliche Wirkungsbereich der von diesem Ressort im Rahmen seiner Zuständigkeit (Sozialversicherung, Arbeitsrecht und Arbeitsmarktpolitik, Kriegsofopferfürsorge, Opferfürsorge, sonstige Fürsorgeangelegenheiten, Wohlfahrtswesen und Heeresversorgung, Volksgesundheit - Umwelthygiene - und Dienstnehmerschutz) gesetzten Maßnahmen erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet. Diese Maßnahmen sind somit für alle Bundesländer von Bedeutung. (siehe Beilage)

Im besonderen darf auf folgendes hingewiesen werden:

Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung die ergriffenen Maßnahmen im Sinne seiner Anfragebeantwortung vom 16. März 1971 zur Parlamentarischen Anfrage Nr. 438/J fortgesetzt.

Der Erfolg und die Wirksamkeit dieser Maßnahmen für das Bundesland Wien ergeben sich aus den folgenden Zahlen über den finanziellen Aufwand für Förderungsmaßnahmen:

	1. Halbjahr	ganzes Jahr
1969	7,099.746	13,448.398
1970	10,118.779	18,139.918
1971	17,777.271	44,700.000

Ein geringfügiger Restbetrag, der zentral für ganz Österreich vergeben und anteilmäßig an alle Bundesländer aufgeteilt wurde, ist in diesen Beträgen nicht enthalten.

Der Gesamtaufwand für das Jahr 1971 steht noch nicht fest, ist jedoch auf Grund der bereits eingegangenen Verpflichtungen und der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung in die Wege geleiteten Inanspruchnahme zusätzlicher Mittel nach Artikel III Abs. 3 des Bundes-Finanzgesetzes 1971 mit großer Wahrscheinlichkeit zu fixieren, da mit einer vollen Ausnützung dieses Betrages zu rechnen ist.

Der Vergleich zwischen 1969 und den übrigen Jahren ist nicht ganz gegeben, weil 1969 auch andere Beträge als solche für Beihilfen in die Zahlen einbezogen sind und in der Zwischenzeit aus budgettechnischen Gründen eine Veränderung der Budgetgliederung eingetreten ist.

#### 6. Bundesministerium für Finanzen

Das Bundesministerium für Finanzen hat im Rahmen seines Wirkungsbereiches vornehmlich den übrigen Ressorts die benötigten Kreditmittel zur Verfügung zu stellen. Dies ist auch im konkreten Fall für die von den übrigen Zentralstellen des Bundes gesetzten Maßnahmen für das Bundesland Wien erfolgt. Eine nochmalige Aufzählung dieser erscheint daher entbehrlich und es darf auf die Darstellungen bei den übrigen Bundesministerien verwiesen werden.

Im besonderen wäre hinsichtlich der Maßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen für das Bundesland Wien darauf hinzuweisen, daß im Bereich des Finanzausgleichs mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 355/70 ein Zuschuß des Bundes zum Bau der U-Bahn im Gesamtbetrag von 2400 Mio S beschlossen wurde. Die erste Rate dieses Zuschusses wird im Jahre 1972 mit einem Betrag von 150 Mio S fällig sein. Weiters wurde Wien aus den Zuschüssen an österr. Entwicklungsgebiete im Jahre 1971 ein Betrag von 1,1 Mio.S gewährt (1970 kein Zuschuß).

Im Bereich internationaler Organisationen erfolgte im Jahre 1971 zwecks Errichtung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien eine Kapitaleinzahlung an die Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien - AG. in der Höhe von 13 Mio.S. Das Projekt wird nach dem dzt. Stand Ge-

samtkosten in der voraussichtlichen Größenordnung von 3.500 Mio.S erfordern. Die erste Zuschußrate wird im Jahre 1972 im Gesamtbetrag von 250 Mio.S fällig sein und für den Bund unter Berücksichtigung des Beitrages der Stadt Wien netto 162,5 Mio.S ausmachen.

#### 7. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat im Rahmen seines Wirkungsbereiches eine größere Anzahl von Maßnahmen gesetzt, die alle Bundesländer berühren. Wenn die Ausführungen darüber auch einen größeren Umfang annehmen, so sollte im Sinne einer Wiedergabe der tatsächlichen Leistungen auf sie nicht verzichtet werden.

Bei der Aufzählung der ausschließlich oder überwiegend für das Bundesland Wien gesetzten Maßnahmen war es in einigen Fällen aus organisatorischen Gründen nicht möglich die vom Bund im ersten Halbjahr 1971 verausgabten Summen festzustellen. In diesen Fällen dürfen daher die Summen für das Jahr 1970 eingesetzt werden.

Leistungen zugunsten aller Bundesländer:1. Gesetze, Verordnungen, Erlässe:

- a) Mit Bundesgesetz BGBl.Nr. 412/1970 wurde die Geltungsdauer des Landwirtschaftsgesetzes bis 31. Dezember 1971 verlängert. Die mit dieser Novelle vorgenommenen Änderungen des Gesetzes betreffen die Zielsetzungen, die den heutigen Gegebenheiten der Wirtschaftspolitik angepaßt wurden (funktionsfähiger ländlicher Raum als Voraussetzung für die Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes; Notwendigkeit der Integration der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft). Ferner wurde der durch § 7 des Landwirtschaftsgesetzes gebildeten Kommission das Recht eingeräumt, einvernehmliche Empfehlungen hinsichtlich der in Aussicht zu nehmenden Förderungsschwerpunkte zu erstatten.

Durch die Marktordnungsgesetz-Novelle 1970, BGBl. Nr. 175, wurde die Geltungsdauer des Marktordnungsgesetzes zunächst bis 31. Dezember 1970 verlängert. Maßgebend für die Verlängerung um ein halbes Jahr war, daß innerhalb dieses Zeitraumes in einer hierfür eingesetzten Arbeitsgruppe Reformvorschläge zum Gesetz ausgearbeitet werden sollten.

Das Ergebnis dieser Beratungen hat seinen Niederschlag in der 2. Marktordnungsgesetz-Novelle 1970, BGBl.Nr. 411, gefunden. Mit diesem Gesetz wurde das Marktordnungsgesetz um ein weiteres Jahr verlängert und eine erste Phase von Maßnahmen zur Rationalisierung und Strukturverbesserung in der Milchwirtschaft eingeleitet. Ferner enthält die Novelle eine Reihe technischer Verbesserungen, die in ihrer Gesamtheit eine wesentlich wirksamere Anwendung des Marktordnungsgesetzes erwarten läßt; hervorzuheben sind die Bestimmungen, mit denen zur Gewährleistung einer gleichmäßigen und ausreichenden Versorgung bei bestimmten Importwaren (Futtergetreide bzw. Vieh und Fleisch) die Lenkungsbefugnisse der Fonds erweitert wurden.

Entsprechend den Verlängerungen der anderen mit Verfassungsbestimmung versehenen Wirtschaftsgesetze wurde im Berichtsjahr auch die Geltungsdauer des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes 1952 zweimal erstreckt: mit Gesetz BGBl.Nr. 176/1970 bis zum 31. Dezember 1970 und mit Gesetz BGBl.Nr. 413/1970 bis zum 31. Dezember 1971. Das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz bildet eine notwendige Ergänzung zum Marktordnungsgesetz. Darüber hinaus sind die Lenkungsmaßnahmen, die das Gesetz ermöglicht, weiterhin von Bedeutung für den Fall von Versorgungsschwierigkeiten.

Auf Grund der Futtermittelgesetz-Novelle 1970, BGBl. Nr. 180, ist die Einfuhr von Futtermittelzubereitungen grundsätzlich nur zulässig, wenn diese in das von der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesversuchsanstalt in Wien geführte Register eingetragen sind. Prämixe für Futtermittel dürfen nur eingeführt werden, wenn ihre Beimengung zu Futtermitteln zugelassen ist.

Durch die Pflanzenschutzgesetz-Novelle 1970, BGBl. Nr. 181, wurden Bestimmungen über die Einfuhr von Pflanzenschutzmitteln in das Gesetz eingefügt. Auf Grund dieser Regelung dürfen Pflanzenschutzmittel aus dem Ausland grundsätzlich nur eingeführt werden, wenn sie den Bestimmungen des Gesetzes entsprechend genehmigt wurden und daher in das von der Bundesanstalt für Pflanzenschutz geführte Register eingetragen sind.

Durch das Fleischbeschau-Übergangsgesetz 1971, BGBl. Nr. 331, wurde die Fleischbeschauverordnung aus verfassungsrechtlichen Gründen auf Gesetzesstufe gehoben. Als bedeutende Neuerung dieses Gesetzes im Sinne der Erhaltung der Volksgesundheit kann die generelle Einführung der Trichinenuntersuchung angesehen werden.

Nach den Bestimmungen der 2. Landarbeitsgesetz-Novelle 1971, BGBl. Nr. 318, soll der Urlaubsanspruch von 24 Werktagen bereits nach 10 Dienstjahren

- 13 -

und nicht wie bisher erst nach 15 Dienstjahren bestehen. Darüber hinaus soll der Urlaubsanspruch im 1. Dienstjahr bereits nach 6 Monaten statt wie bisher nach 9 Monaten bestehen.

Die dritte Landarbeitsgesetz-Novelle 1971, BGBl.Nr. 331, bringt Verbesserungen auf dem Gebiete der Betriebsverfassung und die Bildungsfreistellung.

Auf die Weingesetz-Novelle 1971, BGBl.Nr. 334, wird auf Seite 19 eingegangen werden.

Durch die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1970, BGBl.Nr. 303, wurden "Qualitätsklassen und-Normen für Eier" festgelegt. Diese Regelung erfolgte im Interesse der Konsumenten und überhaupt des geordneten Verkehrs mit diesen Lebensmitteln.

Erlässe der Obersten Wasserrechtsbehörde behandelten den Grundwasserschutz bei Mineralölnfällen, Fragen im Zusammenhang mit der Wasserrechts-Novelle 1969 betreffend Zuständigkeit, Anmeldestermin und Verzeichnis zur Evidenhaltung wassergefährdender Anlagen.

Sonstige Maßnahmen:

## Strukturverbesserung in der Landwirtschaft:

Zur Strukturverbesserung in der Landwirtschaft werden folgende Maßnahmen gefördert:

Verkehrerschließung ländlicher Gebiete: Diese Maßnahme umfaßt die Errichtung von Weganlagen und Seilauflügen, die vornehmlich für die Erschließung landwirtschaftlicher Betriebe und landwirtschaftlich genutzter Flächen dienen.

Elektrifizierung ländlicher Gebiete: Die Förderung umfaßt die Herstellung des Anschlusses für landwirtschaftliche Betriebe und sonstige ländliche Anwesen an das bestehende Leitungsnetz, sowie die Verstärkung nicht mehr ausreichender Verteilungsnetze.

Agrarische Operationen: Den Schwerpunkt bilden die Zusammenlegung des Splitterbesitzes sowie als vereinfachtes Verfahren die Flurbereinigung. Zur Erschließung der bereinigten Flächen werden gemeinsame Maßnahmen und Anlagen ausgeführt.

Landwirtschaftliches Siedlungswesen: Gemäß Siedlungs-Grundsatzgesetz, BGBl. Nr. 79/1967, haben Siedlungsmaßnahmen die Schaffung und Erhaltung wettbewerbsfähiger Betriebe zur Aufgabe. Den Schwerpunkt bilden die Besitzaufstockung und die Förderung von landwirtschaftlichen Hochbauten, für welche Maßnahmen beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Bäuerlicher Besitzstrukturfonds: Mit Bundesgesetz vom 9. Juli 1970, BGBl. Nr. 298, wurde der Bäuerliche Besitzstrukturfonds beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft errichtet. Er hat die Aufgabe, durch gezielte Maßnahmen mitzuhelfen, die Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe zu verbessern und damit die Voraussetzung für eine rationelle Wirtschaftsweise zu schaffen.

- 15 -

Die geregelte Förderungstätigkeit des Fonds hat nach Überwindung der Anlaufschwierigkeiten praktisch erst im Jahre 1971 begonnen.

Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit:

Durch die Herausgabe von Katalogen über die Landmaschinenselbstkosten wird den Landwirten eine Grundlage für die Berechnung von Arbeitskosten im Rahmen der motorisierten Nachbarschaftshilfe gegeben. Es wurden Schulungskurse für Geschäftsführer von Maschinenringen abgehalten, um die bei der Gründung und Leitung von Maschinenringen auftretenden organisatorischen und technischen Schwierigkeiten besser bewältigen zu können. Die Tätigkeit solcher Geschäftsführer von vereinsmäßig gegründeten Maschinenringen wurde durch eine Starthilfe aus öffentlichen Mitteln gefördert.

Auch im Rahmen der Gewährung von Zinszuschüssen zu Agrarinvestitionskrediten wurde auf die überbetriebliche Zusammenarbeit Rücksicht genommen.

Außerschulische Ausbildung der bäuerlichen Bevölkerung:

Diese verfolgt das Ziel, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard der bäuerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen.

Die landwirtschaftliche Beratung hilft den Landwirten durch Versammlungen, Kurse, Vorträge und Einzelberatungen bei der notwendigen betrieblichen Anpassung an die arbeitswirtschaftliche, marktwirtschaftliche und preispolitische Situation. Auf den rasch fortschreitenden Strukturwandel wird besonders Bedacht genommen.

Die hauswirtschaftliche Beratung hilft den Bäuerinnen bei der Umstellung des Haushaltes, um die Anpassung an die sich wandelnden Gegebenheiten im Betrieb, im Haushalt und in der Familie zu finden.

Besonderes Augenmerk bei der Beratung wird in letzter Zeit der Information und Aufklärung auf sozialökonomischem Gebiet gerichtet. Die Unterrichtung der bäuerlichen Familien über Sozialmaßnahmen, über die Möglichkeiten des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, über zweckmäßige und zukunftsorientierte Ausbildungsmöglichkeiten der Kinder sowie über Fragen des außerlandwirtschaftlichen Zu- und Nebenerwerbs wird in diesem Rahmen vorrangige Bedeutung beigemessen. Die Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsämtern wird daher immer weiter ausgebaut.

Die außerschulische Ausbildung wird auch durch Weiterbildungskurse auf breitester Ebene durchgeführt. Im Jahre 1970 wurden u.a. über 4.000 Fachvorträge und 880 Lehrfahrten und Feldbegehungen abgehalten.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat in diesem Jahr für die Landjugendarbeit fünf weitere "Arbeitsaufgabenhefte" herausgegeben und zwar:

"Unfallfrei mit meinem Moped"

"Unfallfrei mit einem Pkw"

"Wir planen Sportanlagen"

"Ich bitte zu Tisch"

"Ich richte ein Zimmer ein".

Daneben laufen in allen Bundesländern Berufsleistungs-, Rede-, Sport- und Spezialwettbewerbe.

Durch diese Maßnahmen wird versucht, das Bildungsniveau der ländlichen Jugend ständig zu verbessern.

Maßnahmen zur Entwicklung der Berggebiete und zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten in kleinbäuerlichen Gebieten:

Durch die "landwirtschaftliche Regionalförderung" wurde die Grundlage für eine echte Regionalpolitik geschaffen. Im Rahmen dieser Aktion stellen Maßnahmen zur Schaffung von Zu- und Nebenerwerbsmöglichkeiten vor allem auf dem Gebiet des bäuerlichen Fremdenverkehrs einen besonderen Schwerpunkt dar.

Mit der Auszahlung des Bergbauernzuschusses wurde im Jahre 1970 erstmals in Österreich der Versuch unternommen, einen Ausgleich der besonderen bergbäuerlichen Produktionserschwerisse sowie eine Abgeltung der für die Allgemeinheit wichtigen überwirtschaftlichen Leistungen der Bergbauern herbeizuführen. Jeder anspruchsberechtigte Bergbauer erhielt einen Zuschuß in der Höhe von 300,--S.

#### Entwicklungsplan für die Berggebiete:

Das unter Vorsitz des Bundeskanzlers und unter Mitarbeit des Bundesministers für Finanzen ausgearbeitete Sonderprogramm für Berggebiete stellt einen entscheidenden Schritt zur Weiterentwicklung der Berggebiete dar. Als Schwerpunkt dieses Sonderprogramms sind die weitere Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum, die Modernisierung, Rationalisierung und Marktanpassung der Bergbauernbetriebe, der Ausbau der Nebenerwerbsmöglichkeiten und leistungsgebundene Einkommenshilfen zur Verhinderung unerwünschter Abwanderung vorgesehen.

#### Wasserbau:

Es wurde ein modernes Vorbeugungsprogramm des Schutzwasserbaues für die Jahre 1971 bis 1975 ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden Richtlinien über einen modernen, integralen und vorbeugenden Hochwasserschutz erstellt.

Das Vorbeugungsprogramm des Schutzwasserbaues wurde mit den Mitteln des heurigen Jahres in Angriff genommen. Hierbei wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Ordnung des kleinen Gewässernetzes im ländlichen Raum gelegt, weil ohne diese Ordnung eine umfassende und moderne infrastrukturelle Gestaltung des ländlichen Raumes nicht erreichbar wäre. Das Vorbeugungsprogramm des Schutzwasserbaues ist naturgemäß eine langfristige Aktion, die sich zum Ziele setzt, den beträchtlichen Abstand zwischen vorhandenem und erforderlicher Hochwassersicherheit durch eine entsprechende Steigerung vorbeugender Hochwasserabwehr

- 18 -

aufzuholen, um sodann mit der künftigen Entwicklung Schritt halten zu können.

Folgende flankierende Maßnahmen wurden eingeleitet:

auf dem Gebiet des Wasserwirtschaftskatasters: Erfassung und Darstellung des gegenwärtigen Ausbaustandes der Gewässer als wesentliche Ausgangsbasis für künftige vorbeugende Planungen;

Erfassung und Darstellung des Abflußgeschehens im Hochwasserbereich als wesentliche Grundlage für die Abgrenzung der Gewässergefährdungsräume von den besonders zu schützenden Intensivzonen der Bebauung, der Wirtschaft und des Verkehrs und zur Festlegung einer optimalen Raumwidmung und Flächennutzung im gewässernahen Bereich;

auf dem Gebiet der Hydrographie: Einführung der elektronischen Datenverarbeitung zur besseren und schnelleren Erfassung und Auswertung der hydrologischen Statistik im besonderen Interesse vorbeugender Hochwasserschutzplanungen;

Intensivierung des Ausbaues von Pegelformnetzwerken und des Prognosedienstes, um in Katastrophenfällen eine zeitgerechte Hochwasserwarnung zu ermöglichen.

Umwelt:

Die im Rahmen des interministeriellen Komitees für Umwelthygiene gebildete Arbeitsgruppe "Wasser und Boden" wird ihre Arbeiten unter Federführung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft durchführen. Dadurch wird die Möglichkeit gegeben sein, die Aktivitäten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft mit jenen anderer Ressorts zu koordinieren.

Zur weiteren Realisierung örtlicher und sachlicher Schwerpunktprogramme der Gewässersanierung wurden Gutachten über die grundlegenden Sanierungsmaßnahmen

zur Verbesserung der Wassergüte der Mur, über die Reinigung der Abwässer der Milchindustrie, über die Reinigung der Abwässer der Zellstoffindustrie unter besonderer Berücksichtigung der technologischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkte und über die Auswirkungen von Detergentien auf die Biologie der Gewässer in Auftrag gegeben. Die Gewässergüteuntersuchungen an den Grenzgewässern Drau, Mur und March wurden weitergeführt wie die hydrologischen Untersuchungen in der Mitterndorfer Senke.

Maßnahmen, die ausschließlich oder vorwiegend dem Bundesland Wien zuzurechnen kommen.

1. Gesetze, Verordnungen:

Von den Bestimmungen, die die Weingesetz-Novelle 1971, EGBL.Nr.334, enthält, wird besonders auf die Bereinigung der Bezeichnungsvorschriften und auf die gesetzliche Fundierung des amtlichen Weingütesiegels sowie auf die Bestimmungen über Qualitätsweine hingewiesen.

2. Sonstige Maßnahmen:

a) Gartenbau:

Mit Hilfe von zinsverbilligten Agrar-Investitionskrediten konnten 81 Gewächshäuser mit 44.800 m<sup>2</sup> Fläche sowie 27 Heizenanlagen errichtet werden.

b) Viehzucht und Tierproduktion:

Für Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Viehwirtschaft sowie für die Bienenzucht werden 49.000,-- S zur Verfügung gestellt.

c) Milchwirtschaft:

Für allgemeine Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Milchwirtschaft wurde ein Betrag von 1.800,-- S bereitgestellt.

- 20 -

Umwelt:

Am 7. Juli 1970 wurde der Bescheid, der die Verwirklichung eines absoluten Hochwasserschutzes für Wien ermöglicht, vom Landesminister für Land- und Forstwirtschaft unterzeichnet.

Das Vorhaben der Stadt Wien, zur Errichtung des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke wurde zunächst mit Bescheid vom 30. Oktober 1970 als bevorzugter Wasserbau erklärt. In der Folge wurde ein eingehendes Ermittlungsverfahren durchgeführt und der Bewilligungsbescheid am 14. Juli 1971 erlassen.

Die wasserrechtliche Bewilligung für 2 Versuchsbrunnen in der Schüttelau zur Erweiterung des Grundwasserzuges Untere Lobau der Stadt Wien, für das auch ein Schutzgebiet festgelegt wurde, wurde erteilt.

Das Vorhaben der Stadt Wien, für einen Grundwasserbrunnen Markthäufel in der Oberen Lobau und für einen Pumpversuch zur Wassergewinnung auf der Donsinsel wurden wasserrechtlich bewilligt.

Hinsichtlich der auf dem Gebiet des Flußbaues in Wien gesetzten oder beabsichtigten Maßnahmen darf zur Vermeidung einer Unübersichtlichkeit auf die Anführung der einzelnen Vorhaben verzichtet und eine kurze Darstellung, die nur die Gesamtziffer enthält, gegeben werden:

Jahr	Bundesflüsse		Konkurrenzzew.		Zusammen	
	Bundesm.	Bauvol.	Bundesm.	Bauvol.	Bundesm.	Bauvol.
1970 (vollz.)	-	-	4,000	11,042	4,000	11,042
1971 (präl.)	-	-	6,000	16,600	6,000	16,600

Erbrachte Leistungen im Jahre 1970:

0,8 km Vollregulierung  
5,0 km Instandhaltung

## 8. Bundesministerium für Handel, Gew. und Industrie

### Industriepolitik

Mit dem Ziel der Strukturverbesserung und der Wachstumsförderung wurde die Industriepolitik aktiviert. Als erstes mußten die Grundlagen für eine moderne Industriepolitik geschaffen werden; es waren dies vor allem: Branchenreferate als Verbindungsglied zwischen Industrie und Verwaltung, ein System von Kennzahlen für die einzelnen Branchen (Branchenindikatoren), das laufend einen Überblick über Struktur und Entwicklung gibt und tieferegehende Strukturuntersuchungen einzelner Branchen.

Vom Standpunkt des Landes Wien, das nicht nur den Sitz, sondern auch Fabrikationsstätten der wichtigsten österreichischen Elektrounternehmen beherbergt, sei insbesondere auf die Untersuchung der Elektroindustrie verwiesen.

Sodann wurden Maßnahmen gesetzt, um das vorhandene Instrumentarium der Industriepolitik, insbesondere die Förderungseinrichtungen zu koordinieren und effizienter zu gestalten. Unter anderem wurde die Vergabe von Förderungsmitteln nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz in dem Sinne reorganisiert, daß diese nunmehr schwerpunktmäßig nach volkswirtschaftlichen Kriterien erfolgt.

Im einzelnen wurden im Rahmen dieses Gesetzes für Investitionen in der Güterproduktion im Bundesland Wien im Jahre 1970

- 22 -

und im 1. Halbjahr 1971 S 4,781.225,- an Kreditkostenzuschüssen und S 32.000,- an Haftungskostenzuschüssen ausgeschüttet, womit 39 Kreditfälle mit einer Gesamtkreditsumme von S 54,620.000,- gefördert wurden.

Vom Standpunkt der Bundesländer scheint ferner besonders erwähnenswert, daß zwei namhaften Experten der Auftrag erteilt wurde, Vorschläge darüber zu erstellen, wie auch in Österreich eine regionale Industriepolitik eingeführt werden könnte. In dieser Beziehung ist das Handelsministerium jedoch schon jetzt durch den Ausbau der Investorenberatung aktiv geworden. Die Informationsstelle für Investoren vermittelt im engen Einvernehmen mit den Landesbehörden, u.a. mit den in Wien bestehenden Einrichtungen zur Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung Kontakte zwischen Standortbiotern und potentiellen Investoren. Im Bundesland Wien konnten vom Mai 1970 bis Juli 1971 21 Standortbieter mit an einer Niederlassung interessierten Firmen in Verbindung gebracht werden, wobei 112 Kontakte hergestellt wurden.

Wenn auch diese Kontakte vielfach erst nach längerer Zeit zum Erfolg führen, so sind auf Grund der Tätigkeit der Informationsstelle im Bundesland Wien bereits 2 Betriebsgründungen erfolgt.

Außerdem wurden die Arbeiten des Österreichischen Produktivitätszentrums und die Ausbildung von Refa-Lehrern mit S 3,052.000,- gefördert.

- 23 -

Ein wesentlicher Faktor für die Modernisierung der Wirtschaft ist eine gute Ausbildung der Führungskräfte. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war daher um Koordination und Ausbau der Einrichtungen für die Ausbildung und Weiterbildung des wirtschaftlichen Führungspersonals bemüht. Vom Standpunkt des Bundeslandes Wien, das eine Reihe solcher Institutionen beherbergt, muß auf die Bemühungen um Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aller mit der Weiterbildung von Führungskräften befaßten Institutionen, durch die eine enge Zusammenarbeit der Institutionen und eine Transparenz des Angebots an Management-Kursen hergestellt werden, hingewiesen werden. Bis zur Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft werden im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie laufend Koordinationsbesprechungen abgehalten; außerdem fördert das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie die Ausbildungsstätten dadurch, daß es eine umfassende Erhebung über den Management-Bedarf in Österreich ausarbeiten läßt, deren Ergebnisse den Institutionen zur Verfügung stehen werden.

Ein wesentlicher Faktor des Wirtschaftswachstums ist der Zugang der Wirtschaft zu den Ergebnissen der Wissenschaft. Vor allem für die Wiener Wirtschaft wäre daher auf die Überlegungen zu verweisen, die derzeit mit dem Ziel angestellt werden, das im Österreichischen Patentamt gesammelte technische

Wissen der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Auch die Bemühungen um Errichtung eines Welt-Patent-Dokumentations-Zentrums in Wien wären hier anzuführen. Im Jahre 1970 wurden von Personen, die in Wien ihren Wohnsitz haben, 1084 Patentanmeldungen eingebracht und 626 Patente erteilt. Es wurden 727 Marken angemeldet und 453 Marken registriert.

An 16 Wiener Betrieben wurde seit der Regierungsbildung das Recht zur Führung des Staatswappens verliehen, womit die betreffenden Unternehmen für außergewöhnliche und beispielgebende wirtschaftliche oder kulturelle Leistungen ausgezeichnet wurden.

Vom Standpunkt des Bundeslandes Wien muß weiters darauf verwiesen werden, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie die Abhaltung der für die gewerbliche Wirtschaft so bedeutsamen Messen fördert. Sowohl für das Jahr 1970 als auch für 1971 beteiligte sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie an den Herstellungskosten des Werbeprospektes der Arbeitsgemeinschaft österreichischer Messen mit dem Betrag von jeweils S 100.000,-.

Eine gefällige Verpackung fördert den Verkaufserfolg der Wirtschaft. Aus diesem Grunde subventioniert das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie die alljährlichen Verpackungsbewerbe des österreichischen Institutes für Verpackungswesens. Dieses verleiht Staatspreise und Anerkennungen für Transport- und Konsumgüterverpackungen. 1970 wurden 18 Staatspreise und 17 Anerkennungen an Wien vergeben.

- 25 -

### Gewerbe und Fremdenverkehr

Die wichtigste Aufgabe war die zeitgemäße Liberalisierung der Gewerbeordnung. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung fertiggestellt und bereits zur Begutachtung ausgesandt.

Die neue Gewerbeordnung wird für die Bundesländer nicht zuletzt deswegen von Bedeutung sein, weil sie die Verwaltung der Länder erheblich entlasten wird. Dies gilt insbesondere für den weitgehenden Wegfall der Bedarfsprüfungen und den Ausbau der Nebenrechte der einzelnen Gewerbe, wodurch mit einer Verminderung der Zahl der Strafverfahren wegen Überschreitung des Berechtigungsumfanges gerechnet werden kann.

Ferner werden die Bundesländer in Hinkunft bei der Durchführung der neuen Gewerbeordnung eine stärkere Rolle spielen als dies derzeit der Fall ist. Der Entwurf sieht nämlich bei einer Reihe von Gewerben eine Verlagerung der Zuständigkeit zur Konzessionsverleihung auf den Landeshauptmann bzw. auf die Bezirksverwaltungsbehörden vor.

In diesem Zusammenhang wäre weiters zu erwähnen, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie den Forderungen der Bundesländer im Erweiterten Forderungsprogramm auf Einräumung einer größeren Einflußnahme insbesondere auf den Gebieten des gewerblichen Bergführer- und Skiführerwesens sowie der Privatzimmervermietung grundsätzlich positiv gegenübersteht.

- 26 -

Eine weitere Aufgabe war die Verbesserung des Förderungswesens. Da jedes einzelne Bundesland eigene Förderungsaktionen betreibt, nahm das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Verhandlungen mit den Bundesländern auf, um eine enge Zusammenarbeit herbeizuführen.

Nach diesen Verhandlungen ist eine Überbrückung der sogenannten "Besicherungslücke" durch einen, vom Bund geförderten Ausbau der Besicherungseinrichtungen in Aussicht genommen.

Des Weiteren wurden die Bundesländer mit den Absichten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie bezüglich Koordinierung und Konzentration von Einrichtungen zur Fremdenverkehrsförderung vertraut gemacht und deren Mitwirkung bei der Reorganisation erreicht.

Im Rahmen der bestehenden Förderungseinrichtungen wurden im Jahre 1970 und im 1. Halbjahr 1971 Investitionskredite im nachstehend dargestellten Ausmaß gefördert und darüber hinaus folgende Beträge zur Verfügung gestellt:

#### Förderung von Investitionen

	Anzahl der Fälle	geförderte Kreditsumme
<u>Gewerbe</u>		
Gewerbestruktur- verbesserungsgesetz	23	S 31,060.000,-
Bürges-Stammaktion	757	S 61,358.569,70

- 27 -

Fremdenverkehr

Gewerbestrukturver- besserungsgesetz	4	S	6,500.000,-
Bürges-Stammaktion	4	S	607.000,-
Sonderkreditaktion Bürges	3	S	1,200.000,-
ERP-Kredite (Wirtschaftsjahr 1970/71)	2	S	2,300.000,-

Kreditkosten- und Haftungskostenzu-  
schüsse nach dem Gewerbestrukturver-  
besserungsgesetz

Gewerbe	S	2,791.699,80
Fremdenverkehr	S	748.875,-

Sonstige ZuschüsseGewerbe

Gemeinsame Klein- gewerbekreditaktion	S	3,900.000,-
Subventionen	S	3,253.580,-

Fremdenverkehr

Zweckzuschüsse an das Bundesland	S	58.756,-
Fremdenverkehrsverbund	S	4,269.095,96
Subventionen	S	246.100,75

Um eine systematische und konzentrierte Förderung für die Zukunft zu gewährleisten, wurde ein Fremdenverkehrsförderungsprogramm für die Jahre 1971 bis 1980 entworfen. Es sieht Gesamtaufwendungen aus Budgetmitteln des Bundes in

der Höhe von rund 2,5 Mrd. S vor. Es enthält Leitlinien für die Weiterführung der bestehenden Förderungseinrichtungen und für deren Ergänzung. Zur Sicherung eines entsprechenden Qualitätsstandards sollen aus den bestehenden Förderungsaktionen für den Fremdenverkehr in Zukunft Neubauten nur gefördert werden, wenn sie gewisse Mindestanforderungen hinsichtlich Qualität erfüllen. Im Rahmen einer Sonderaktion "Komfortzimmer" sollen in den Jahren 1971 bis 1976 in bestehenden Betrieben 22.000 neue Badezimmer und 8.000 Ergänzungswc errichtet werden. Für Entwicklungs- und Erschließungsgebiete ist eine Modifizierung der bisherigen Förderung in der Art vorgesehen, daß in den ersten Jahren eine Freistellung vom Zinsdienst erfolgen soll. Im Rahmen einer weiteren Sonderaktion sollen insbesondere die für den Ausländerfremdenverkehr bedeutsamen alpinen Schutzhütten mit WC-Anlagen ausgestattet bzw. die bestehenden Anlagen verbessert werden. Für diese für den Fremdenverkehr fast aller Bundesländer so wichtige Aktion, die noch im laufenden Jahr in Angriff genommen werden wird, stellt das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Förderungsmittel in der Höhe von 1,045 Mio. S zur Verfügung.

In enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern wurde die Fremdenverkehrswerbung reorganisiert. Dadurch wird eine straffere Führung und ein effizienter Einsatz des Personals gewährleistet und eine Intensivierung und Ausweitung der Tätigkeit durch Einsatz modernster Techniken ermöglicht. In diesem Zusammenhang wäre hervorzuheben, daß durch die Reorganisation auch eine laufende Abstimmung der Werbemaßnahmen der einzelnen Bundesländer und der des Bundes gewährleistet wird.

## Energiapolitik und Bergbau

Im Vordergrund der Aktivität auf dem Sektor Energiepolitik standen die Bemühungen um eine ausreichende und preislich günstige Versorgung der Konsumentenschaft mit festen und flüssigen Brennstoffen. Die Auswirkungen der internationalen Verknappung des Angebots von Koks und Heizöl konnten gemildert werden.

Die Versorgungslage auf dem Heizölsektor ließ bereits im Frühjahr 1970 ernste Schwierigkeiten befürchten; dies insbesondere für die westlichen Bundesländer, die im wesentlich geringeren Umfang als die anderen Bundesländer von der Raffinerie Schwechat aus beliefert werden. In diesem Sinn waren die vielfältigen Maßnahmen, die das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zur Verbesserung der Versorgungslage ergriff, für die Bevölkerung aller Bundesländer von erheblicher Bedeutung:

Auf Grund der geplanten inländischen Produktion und der gesicherten Importe ergab sich für das Jahr 1970 bei Heizöl schwer ein Manko von 500.000 t, während bei den übrigen Heizölsorten eine ausreichende Deckung angenommen werden konnte. Dies allerdings unter den Voraussetzungen einer vorzeitigen Inbetriebnahme der 3. Rohöldestillationsanlage der Raffinerie Schwechat, einer termingerechten Inbetriebnahme der Adria-Wien-Pipeline, der Verschiebung der für 1970 vorgesehenen Produktionsunterbrechung der 1. Rohöldestillationsanlage der

Raffinerie Schwechat auf das Frühjahr 1971 und der Fertigstellung der Erdgasleitung Baumgarten-Schwechat bis zum 4. Quartal 1970.

Alle diese Voraussetzungen wurden mit Unterstützung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie erfüllt.

Überdies ist es in Verhandlungen mit dem russischen Außenhandelsminister gelungen, die Zusage für eine zusätzliche Lieferung von 200.000 t Rohöl aus der UdSSR zu erhalten und damit zur Deckung des durch die Erhöhung der Raffineriekapazität bedingten zusätzlichen Bedarfes beizutragen.

Um den Versorgungsschwierigkeiten am Heizölsektor entgegenzuwirken und gleichzeitig als preisdämpfende Maßnahme wurde über Antrag des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie eine Zollfreistellung für den Import von 800.000 t Heizöl schwer und 50.000 t Heizöl leicht bis zum Jahresende 1970 und für eine weitere Million Tonnen Heizöl schwer bis 31. 7. 1971 gewährt, was entscheidend zur Entspannung der Heizölsituation beigetragen hat. Aber auch die Zollfreistellung von Mitteldestillaten im Ausmaß von bisher 400.000 t hat zu einer Entlastung auf der Produktionsseite geführt.

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie hat sich mit dem Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland ins Einvernehmen gesetzt und die Zusage auf zusätzliche Frei-

- 31 -

gabe von Transportgenehmigungen, die sogenannten "roten Karten", für Straßentransporte von Heizöl aus der Bundesrepublik Deutschland nach Österreich erreicht, wodurch die Importe aus dem süddeutschen Raum wesentlich verstärkt werden konnten.

Verhandlungen mit der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen haben bewirkt, daß durch eine raschere Abfertigung der Kesselwagen eine rechtzeitige Belieferung der Verbraucher in den Bundesländern erfolgen konnte.

Der Ende 1968 einsetzende Konjunkturaufschwung führte vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie zu einer wesentlichen Erhöhung des Koksbedarfes.

Die Vermutung lag daher nahe, daß der internationale Spitzenbedarf nur von vorübergehender Dauer sein werde. Es galt, diesen Zeitraum zu überbrücken. Die Bevölkerung wurde auf die vorhandenen Ersatzbrennstoffe aufmerksam gemacht. Darüber hinaus ist es durch Intervention bei ausländischen Regierungen gelungen, zusätzliche Lieferungen zu erreichen. Es konnte erreicht werden, daß während des Winters 1970/71 niemals ein akuter Brennstoffmangel entstand. Seitens des österreichischen Erzeugers von Koks wurde nach Ablauf der für das Jahr 1970 gültigen, relativ günstigen Verträge für den Bezug von Kohle ein Antrag auf Neufestsetzung des Kokspreises gestellt. Da jedoch keine Einigung über die Preisfestsetzung erreicht werden konnte, hat der Bundesminister

- 32 -

für Handel, Gewerbe und Industrie der Obersten Preisbehörde die Sistierung der amtlichen Preisregelung vorgeschlagen; diese Maßnahme wurde am 1. April 1971 in Kraft gesetzt. Damit wurde die für die Konsumenten aller Bundesländer wichtige Möglichkeit geschaffen, daß sich der Preis für Koks auf ein Niveau einpendelt, das dem nunmehr wieder reichlichen Angebot entspricht.

Am Hausbrandsektor wurden außerdem in Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und den Landesregierungen Schritte für landesgesetzliche Regelungen eingeleitet, die die Lagerung von Heizöl extra leicht in erhöhtem Ausmaß unter erleichterten Bedingungen in sogenannten "Haushaltsbehältern" ermöglichen sollen.

Im Rahmen von Gesprächen mit den Vertragspartnern der Erdgas-Pipeline, durch die russisches Erdgas über Österreich nach Italien transportiert werden soll, konnte die Vertragslage so weit geklärt werden, daß nunmehr der Abschluß der Verträge bevorsteht. Aus dieser Leitung werden zusätzlich Erdgasmengen aus Rußland den Verbrauchern zur Verfügung stehen.

Eine Ausweitung der bestehenden sowjetischen Erdgaslieferungen nach Österreich in den nächsten Jahren wurde in Gesprächen mit dem sowjetischen Außenhandelsminister vereinbart. Im Falle dieser zusätzlichen sowjetischen Erdgaslieferungen könnte u.a. auch das Bundesland Wien zusätzlich mit sowjetischem Erdgas versorgt werden.

- 33 -

Außerdem ist es vom Standpunkt der Energieversorgung Wiens von Bedeutung, daß derzeit die Möglichkeit einer Erhöhung der Durchsatzkapazität der Adria-Wien-Pipeline geprüft wird. Ein dementsprechender Antrag liegt derzeit der Gewerbe-sektion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vor.

Der Entwurf eines Bundesgesetzes über den gewerbsmäßigen Betrieb von Rohrleitungen für Erdöl, flüssige Erdölprodukte und brennbare Gase wurde dem Begutachtungsverfahren zugeführt. Unter den vorgesehenen Bestimmungen wäre z.B. die Anschlußpflicht vom Standpunkt der Versorgung einzelner Bundesländer von Bedeutung.

Im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wird an der Neugestaltung des Bergrechtes zügig gearbeitet. Dieses soll u.a. den Bundesländern die Möglichkeit geben, auf bergbehördliche Verfahren in verstärktem Ausmaß Einfluß zu nehmen. Daneben werden auch die gesamtwirtschaftlichen Interessen und Fragen des Umweltschutzes verstärkt Berücksichtigung finden.

Verkehrspolitik

Die vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ausgearbeitete und vom Nationalrat in der zu Ende gegangenen Legislaturperiode verabschiedete Novelle zum Kraftfahrzeuggesetz brachte insbesondere die auch von den Bundesländern vielfach geforderte Neuregelung der Überprüfung der Kraftfahrzeuge. Das Kraftfahrzeuggesetz in der Fassung der Novelle ermächtigt nunmehr die Landeshauptleute, im Rahmen ihres örtlichen Wirkungsbereiches auf Antrag Vereine (ÖAMTC, ARBÖ) oder zur Reparatur von Kraftfahrzeugen berechnete Gewerbetreibende, die über ein den Bestimmungen des Gesetzes entsprechendes Personal und die erforderlichen Einrichtungen verfügen, zur Abgabe von Gutachten für die wiederkehrende und die besondere Überprüfung von Kraftfahrzeugen zu ermächtigen. Diese der Verkehrssicherheit dienende Bestimmung setzt durch diese Ermächtigung die Länder in die Lage, auf die besonderen Verhältnisse des Landes Bedacht zu nehmen.

Das für alle Bundesländer, insbesondere aber für jene, die einen beträchtlichen Winterfremdenverkehr aufweisen, bedeutsame Problem der Snow-Bills wurde in Zusammenarbeit mit den Ländern mit dem Ziele eingehend untersucht, unter Wahrung der Zuständigkeiten der Bundesländer geeignete gesetzliche Regelungen im Interesse des österreichischen Fremdenverkehrs und nicht zuletzt auch des Umweltschutzes zu finden.

- 35 -

Außenhandel - Integration

Im Interesse der österreichischen Wirtschaft war das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie um einen möglichst schnellen Abschluß der Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften bemüht. Besonders wäre auf das Ergebnis der Beratungen des EG-Ministerrates vom 26.7.1971 zu verweisen, das eine Freihandelszonenregelung für die Einbeziehung Österreichs in den Gemeinsamen Markt in Aussicht nimmt. Ein weiterer Schwerpunkt war der Abbau der noch bestehenden Handelshindernisse gegenüber den Oststaaten und Japan, was vor allem vom Standpunkt Wiens als eines der Zentren des Ost-West-Handels von Bedeutung ist. Auf die Aufzählung der einzelnen Liberalisierungsschritte im Kapitel "Preispolitik" darf verwiesen werden.

Vom Standpunkt des Bundeslandes Wien wäre außerdem auf die vielfältigen Bemühungen zugunsten des österreichischen Weinexportes zu verweisen.

Der EG-Ministerrat hat im April 1970 eine Verordnung betreffend die gemeinsame Marktorganisation für Wein beschlossen, welche u.a. ein System von Ausgleichsabgaben für Weinimporte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften vorsieht, das eine bedeutende Erschwerung des Exports von öster-

reichischen Weinen mit sich gebracht hätte. Durch die Bemühungen der Bundesregierung ist jedoch der Abschluß eines Preisgarantieabkommens mit den EG gelungen, wodurch der österreichische Weinexport, welcher für die Weinwirtschaft von besonderer Bedeutung ist, gesichert werden konnte.

Für Wien war weiters das ho. Einschreiten in Bonn, das zu Erleichterungen im deutschen Weingesetz und damit zur Sicherung österreichischer Weinexporte in die Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat, von Bedeutung.

- 37 -

Preispolitik

Neben den vom Bundesministerium für Finanzen durchgeführten Zollsenkungen und Befreiungen von der Ausgleichsteuer hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zur Erhöhung des Angebotes auf dem österreichischen Markt die Liberalisierung der Importe aus Japan erweitert und zwar in drei Schritten zur Jahresmitte 1970, zu Jahresbeginn 1971 und zum 1. Juli d.J. Soweit nach diesen Liberalisierungsschritten Einführen von Waren des gewerblich-industriellen Sektors aus Japan und Osteuropa noch einer Bewilligung bedürfen, wurde ab 1.7.1971 eine liberale Bewilligungspraxis eingeführt. Befristet mit 1. 10. 1971 wurde durch einen Importstoß das Warenangebot fühlbar erweitert und der Wettbewerb verschärft. Der Verbesserung des Wettbewerbs diente auch die Ausdehnung des Nettopreissystems auf Möbel für Wohnzwecke, Nachtspeicheröfen sowie Schier und Schibindungen; die Nettopreisverordnungen für Elektrogeräte und Waschmittel wurden um ein Jahr verlängert.

Für die preisgünstige Versorgung des gesamten Bundesgebietes, aber auch für die in Wien gelegenen Erzeugungsstätten der fettverarbeitenden Industrie war die Ermäßigung der Umsatzsteuer für Margarine und Speiseöle von Bedeutung, die es ermöglichte, die Industrie zum Verzicht auf eine Überwälzung der Steigerungen der Importpreise für Speisefette und -öle auf die Inlandspreise zu bewegen.

### Umweltschutz

Österreichs Luft wurde im Jahre 1969 durch insgesamt 380.000 t Schwefeldioxyd, 265.000 t Kohlenmonoxyd und 11.000 t Stickoxyd verunreinigt. Dieser beängstigenden Entwicklung trachtet das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegenzuwirken. Es sei z.B. auf den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung verwiesen. Fragen des Umweltschutzes sollen bei der Vorschreibung von Bedingungen und Auflagen anlässlich der Genehmigung gewerblicher Betriebsanlagen erhöhtes Augenmerk zugewandt werden.

Ein beträchtlicher Teil der Luftverschmutzung ist auf den Kraftfahrverkehr zurückzuführen.

Bis 1984 wird sich der Personenkraftwagenbestand in der Bundeshauptstadt und in den folgenden Jahren in den übrigen Bundesländern nahezu verdoppeln. Unter diesem Aspekt erscheint eine Maßnahme des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie auf dem Gebiet des Umweltschutzes von besonderer Bedeutung, nämlich die Novelle zum Kraftfahrgesetz, die durch das Parlament im Juli 1971 verabschiedet wurde. Durch diese Novelle wurde die gesetzliche Grundlage für eine schrittweise Herabsetzung des gesundheitsschädlichen Bleigehaltes im Fahrbenzin geschaffen. Darüber hinaus sind gegenwärtig die Arbeiten an einer 3. Novelle zum Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung in vollem Gang, die das Problem des ebenfalls gesundheitsschädlichen CO-Gehaltes des Fahrbenzins einer Regelung zuführen wird; der Novellierungsentwurf wird noch im Herbst d.J. dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeführt werden.

- 39 -

Konsumentenschutz

Am 10. 9. 1970 fand im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie das erste Konsumentenforum statt, bei dem Vertreter aller interessierten Stellen aus allen Bundesländern Gelegenheit erhielten, Probleme der Konsumentenschaft aufzuzeigen und Lösungsvorschläge vorzutragen. Bei dieser Tagung zeigte sich, daß die Stellung des Konsumenten auf vielen Gebieten unbefriedigend ist und die mangelnde Markttransparenz sowie die schlechte Information der Verbraucher zu empfindlichen Störungen des Marktmechanismus führen. Die Verbesserung der Marktübersicht sowohl für die Konsumenten als für Produzenten und Handel ist eines der Ziele der konsumentenpolitischen Aktivitäten des Handelsministeriums. Die weiteren Ziele sind, den Verbrauchern preisbewußteren Einkauf zu ermöglichen und im Interesse der seriösen Wirtschaft unlauteren Wettbewerb zu bekämpfen. Um diese Ziele zu erreichen, wurde ein Konsumentenbeirat geschaffen, der zur Bewältigung der anfallenden Probleme 7 Arbeitsausschüsse eingesetzt hat. In der Zwischenzeit fand ein zweites Konsumentenforum statt. Ein drittes steht in Vorbereitung.

## 9. Bundesministerium für Verkehr

Auch seitens dieses Ressorts wurden Maßnahmen gesetzt die eine Auswirkung auf alle Bundesländer haben. Zur Wahrung einer möglichst umfassenden Beantwortung der Anfrage sollen zunächst diese aufgezeigt werden. Die überwiegend und ausschließlich dem Bundesland Wien zugute kommenden Maßnahmen des Verkehrsressorts werden in der Folge gesondert dargestellt werden.

### Maßnahmen für alle Bundesländer

#### Allgemeines

Voraussetzung für eine sinnvolle Koordination im Verkehr ist die Vereinigung der Verkehrskompetenzen in einem Ministerium. Die Bundesregierung ist einhellig der Auffassung, daß sämtliche Verkehrsagenden beim Bundesminister für Verkehr ressortieren sollen. Die eingeleitete gesetzliche Neuregelung der Kompetenzen berücksichtigt dies.

Im vergangenen Jahr wurde die interministerielle "Ständige Kommission für Verkehrspolitik", in der das Bundesministerium für Verkehr den Vorsitz führt, aktiviert; insbesondere stehen folgende Fragen in Beratung:

- Wegekosten von Schiene, Straße, Schifffahrt;
- Verkehr in den Zentralräumen;
- Neuordnung des gewerblichen Straßenverkehrs einschließlich des Werkfernverkehrs im Rahmen der allgemeinen Verkehrspolitik;
- Auswirkungen der Mehrwertsteuer.

Mit der österreichischen Verkehrskreditbank wurde ein speziell auf die Bedürfnisse des Verkehrswesens ausgerichtetes Bankinstitut aktiviert. In jüngster Vergangenheit haben die Österreichischen Bundesbahnen diesem Institut die Abwicklung des Stundungsverfahrens übertragen, das den Bahnkunden zur bargeldlosen Begleichung von Eisenbahnfrachten zur Verfügung steht.

Auf Initiative des Verkehrsressorts wurde die Abschreibungsdauer von Privatgüterwagen (vor allem von Spezialwaggons) durch das Bundesministerium für Finanzen von bisher 30 auf 10 Jahre herabgesetzt, um einen verstärkten Anreiz zur Anschaffung von Privatgüterwagen zu geben und dadurch eine Entlastung der Straßen von Schwertransporten zu erreichen.

## Österreichische Bundesbahnen

Das im Bundesbahngesetz vorgesehene langfristige Investitionsprogramm wurde im Rahmen des 10-Jahres-Investitionsprogramms des Bundes erstellt.

Das Elektrifizierungsprogramm sieht die Elektrifizierung von insgesamt 584 km bis Ende 1975 vor. Davon sind seither 67 km fertiggestellt worden, sodaß noch 517 km verbleiben. Mit Ablauf 1975 wird somit der Betrieb auf allen Strecken, soweit sie vom wirtschaftlichen Standpunkt elektrifizierungswürdig sind, elektrisch abgewickelt werden. Der derzeitige Umfang der Elektrifizierung umfaßt rund 39,5 % der gesamten Streckenlänge, auf dem über 80 % der Transportleistungen erbracht werden.

Das Investitionsprogramm enthält weiters Investitionen für die Erhaltung und Erneuerung von Elektro- und Dieseltriebfahrzeugen sowie für die Modernisierung, Rationalisierung und Ergänzung des Fahrparkes (Reisezugwagen und Güterwagen). In seinem Verlauf werden die zweiachsigen Personenwagen durch moderne vierachsige Wagen ersetzt werden, was insbesondere im Nahverkehr eine wesentliche Verbesserung des Fahrkomforts bringen wird.

Für den Bausektor wurde ein Programm erstellt, das neben den laufenden Erneuerungen auf dem gesamten Streckennetz eine Reihe bedeutender Bauvorhaben umfaßt, die der rationelleren Gestaltung der Betriebsabwicklung dienen.

Ein Schwerpunkt des Investitionsprogramms liegt beim Ausbau der Sicherheitseinrichtungen. Durch den Bau von ~~Sicherheits~~, Blinklicht- und elektrischen Schrankenanlagen konnten allein im Jahre 1970 129 Bedienstete beim Betriebs- und Baudienst (Stellwerkswärter, Schrankenwärter, Blockwärter, Fahrdienstleiter usw.) eingespart werden. Nach Fertigstellung der derzeit im Bau befind-

lichen Sicherungsanlagen (Zentralstellwerke, Mittelstellwerke, Selbstblockanlagen usw.) werden weitere 495 Bedienstete eingespart werden.

Für das künftige Fernschreib- und Datenübertragungsnetz im gesamten Bundesgebiet wurde mit dem Aufbau von programmierbaren Kleinrechenanlagen - sogenannten Konzentratoren - begonnen, die untereinander und mit einem übergeordneten Rechner über mittelschnelle Datenübertragungsleitungen verbunden sind. Ferner wurden eine elektronische Platzbuchungsanlage mit 37 Buchungspulten und 19 Auslistedruckern in Betrieb genommen und hierfür rund 21.000 km Fernmeldeverbindungen geschaltet. Seit Juli 1970 steht eine automatische Heißläufer-Meldeanlage in Betrieb; weitere Anlagen sind derzeit in Bau.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß die Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1970 Lieferaufträge in der Höhe von 2.003 Mio S an österreichische Unternehmungen vergaben. Die große Bedeutung der Österreichischen Bundesbahnen als Auftraggeber der österreichischen Wirtschaft wird durch den hohen Anteil an Inlandsaufträgen ersichtlich, der sich im vergangenen Jahr auf 93 % aller Aufträge belief.

Um eine rationellere Abwicklung des Güterverkehrs zu ermöglichen, wurde für ganz Österreich ein Güterverkehrskonzept erstellt. Dieses sieht die Konzentration der Zugbildungsaufgaben in den 8 Ballungsräumen auf 8 Hochleistungsverschiebebahnhöfe, und zwar den Zentralverschiebebahnhof Wien und die Hauptverschiebebahnhöfe Linz, Salzburg-Gnigl, Solbad Hall i.T., Innsbruck Ebf, Selzthal, Graz und Villach Süd, vor.

Besondere Bedeutung wurde auch dem Ausbau der kombinierten Verkehre und der Förderung des Transitgüterverkehrs beigemessen.

- 43 -

Zur Entlastung des überforderten Straßennetzes wurde der Ausbau des Huckepackverkehrs in Angriff genommen. Vorerst wurde ein Huckepack-Probetrieb auf der Arlbergstrecke zwischen den Bahnhöfen Schönwies und Bludenz aufgenommen, um Erleichterungen für den durch extreme Witterungsverhältnisse auf der Arlbergstraße wiederholt beeinträchtigten Lastkraftwagenverkehr zu schaffen. Wegen des enorm starken Sommerreiseverkehrs und des sprunghaft angewachsenen Transitgüterverkehrs auf der Schiene mußte der Huckepackverkehr, der insbesondere zur Entlastung der Straßenverbindung zwischen Tirol und Vorarlberg beitrug, ab 16. Juli bis auf weiteres eingestellt werden. Die Untersuchungen über weitere Möglichkeiten der Einführung eines Huckepackverkehrs konzentrieren sich insbesondere auf die Relationen Kärnten bzw. Steiermark - Niederösterreich und Wien bzw. Steiermark - Salzburg.

Zur Förderung des Containerverkehrs wurden Umschlaganlagen und Umschlageinrichtungen ausgebaut.

Zur Verbesserung des Transitgüterverkehrs wurde ein Konzept erstellt, das vor allem den Ausbau der wichtigsten Grenzbahnhöfe und grenznahen Verschiebebahnhöfe vorsieht. Eine erhebliche Beschleunigung des Transitgüterverkehrs auf der wichtigen Ost-West-Route wird durch den derzeit durchgeführten Ausbau des Bahnhofs Solbad Hall i.T. und auf der Nord-Süd-Route durch den im Gang befindlichen Ausbau des Bahnhofes Salzburg Gnigl\* erzielt werden.

Durch die im heurigen Jahr vorgenommene Intensivierung des Gütereilzugnetzes konnte nicht nur der Transitverkehr in einigen Relationen bis zu 24 Stunden beschleunigt werden, sondern es konnte auch der Güterverkehr zwischen den Bundesländern Kärnten, Steiermark und Salzburg untereinander und mit der Bundeshauptstadt daraus erheblichen Nutzen ziehen.

\* sowie den Großbauvorhaben auf sicherungstechnischem und bautechnischem Gebiete im Bereich der Tauernsüdrampe

Völlig neue Wege werden bei der Förderung von Anschlußbahnen beschritten. Seit dem Anlaufen der neuen Anschlußbahnpolitik im Juni des vergangenen Jahres wurden die Errichtung von 36 neuen und die Erweiterung von 7 bestehenden Anschlußbahnen sowie der Bau von 2 Stammgleisen zur Erschließung von Industrieanlagen durch Beistellung finanzieller Mittel von insgesamt rund 13,7 Mio S gefördert, wodurch ein jährlicher Frachtzuwachs von rund 60.000 Wagen erzielt wird. 8 weitere Ansuchen um Förderung sind derzeit in Behandlung.

Der Ausbau eines Schnellverkehrsnetzes wird durch Beschaffung der notwendigen Fahrbetriebsmittel sowie für die Herstellung eines für große Geschwindigkeiten geeigneten Oberbaues vorangetrieben. Verkehrsverbesserungen wurden durch Einrichtung neuer und Ausdehnung bestehender Schnellverkehrsverbindungen, aber auch durch Einsatz moderner Triebwagengarnituren und zusätzlicher Zwischenwagen in den Städteschnellverbindungen erzielt. Im Nahverkehr, insbesondere im Verkehr in den Ballungsgebieten, konnte unter besonderer Bedachtnahme auf die Bedürfnisse des Arbeiter- und Schülerverkehrs (Anpassung an die geänderten Arbeitszeiten infolge Arbeitszeitverkürzung) der Verkehr verdichtet und der Einsatz von Triebwagengarnituren forciert werden.

Was die Tarifgestaltung betrifft, so wurde das Tarifgefüge nicht verändert. Lediglich im Güterverkehr wurde das Ermäßigungsmaß einiger Ausnahmetarife in Anpassung an die Marktlage verringert. Im Personenverkehr ist die Durchführung von befristeten Sonderaktionen zu erwähnen (Seniorenermäßigung, ~~in Tarif-Sonderaktionen~~ ~~Neueinführung der Ermäßigung für Hochzeitspaare, Eurojugendpaß~~). Neueinführung der Ermäßigung für Hochzeitspaare, Eurojugendpaß).

Zur Verbesserung der kaufmännischen Beweglichkeit der Österreichischen Bundesbahnen werden derzeit eine Novelle zum Bundesbahngesetz sowie die im § 15 des Bundesbahn-

- 45 -

gesetzes vorgesehenen Richtlinien für das Rechnungswesen der Österreichischen Bundesbahnen vorbereitet. Ein Schwerpunkt der Novellierung des Bundesbahngesetzes wird eine gerechte Abgeltung der Fremdlasten sein; an die Stelle der derzeitigen Fixbeträge soll eine Regelung treten, die den von der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) bereits 1956 beschlossenen Richtlinien und den im Rahmen der EWG erstellten Regeln über die Kontennormalisierung entspricht (bestimmter Prozentsatz vom Aktivitätsaufwand bezüglich der Pensionslast, volle Abgeltung bezüglich der Sozial- und Subventionstarife und sonstiger betriebsfremder Lasten). Weiters wird eine Novelle zum Eisenbahngesetz vorbereitet, die im wesentlichen die Regelung des Substitutionsverkehrs der Eisenbahn zum Gegenstand hat, wie sie in ähnlicher Form schon im Professorenbericht 1967 vorgeschlagen worden ist.

Post- und Telegraphenverwaltung

Durch das vom Nationalrat in seiner Sitzung am 16.7.1971 beschlossene Fernmeldeinvestitionsgesetz, einem Bundesgesetz, mit dem das Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz geändert wird, wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die finanzielle Bedeckung des weiteren Ausbaues des österreichischen Fernmeldenetzes in den Jahren 1972 bis 1976 geschaffen. Inhaltlich umfaßt das neue Fernmeldeinvestitionsprogramm nicht nur die Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen des Fernsprechsektors - einschließlich der zugehörigen Hochbauvorhaben - sondern sämtliche Fernmeldeinvestitionsvorhaben, wie

- den Aufbau eines österreichischen Datenübertragungsnetzes,
- die Erweiterung und Erneuerung des österreichischen Fernschreib- und Funknetzes sowie
- die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Meßgeräten und Werkzeugen und die Durchführung allgemeiner Hochbauvorhaben für den Fernmeldedienst.

Eines der interessantesten Vorhaben im Rahmen dieses neuen Investitionsprogrammes bildet die beabsichtigte Errichtung einer Erdefunkstelle für den Fernmeldesatellitenverkehr. Die Vorstudien zu diesem Projekt, welche der Standortwahl dienen, sind bereits aufgenommen worden.

Im Rahmen des Fernsprechinvestitionsprogrammes sind mit Ablauf des Jahres 1972 der Abschluß der Vollautomatisierung des österreichischen Fernsprechnetzes und in den Jahren 1972 bis 1976 die Herstellung von 644.600 neuen Fernsprechanschlüssen vorgesehen. Der Zuwachs an Fernsprechanschlüssen beträgt

- 47 -

im Jahre	Anzahl
- 1972	81.600
1973	108.000
1974	135.000
1975	150.000
1976	170.000

Das Fernmeldeinvestitionsgesetz berücksichtigt im besonderen Maße die Telefonversorgung des ländlichen Raumes, in dem es die Post verpflichtet, bei der Erweiterung und Erneuerung des Fernsprechnetzes im Interesse einer möglichst gleichen Behandlung aller Anschlußwerber auf die Förderung von Anschlußgemeinschaften im ländlichen Raum Bedacht zu nehmen und dabei den infrastrukturellen Bedürfnissen sowie der kostenmäßigen Situation beim Ortsnetzausbau besonderes Augenmerk zu widmen.

Im Auftrag des Bundesministers für Verkehr laufen seit einiger Zeit Verhandlungen über Sonderfinanzierungen für die Herstellung von zusätzlichen Fernsprechan-schlüssen mit den einzelnen Landesregierungen, die schon in einigen Fällen zu einem positiven Abschluß gebracht werden konnten. Auf diese Weise wird es möglich sein, über das normalmäßige Fernsprechin-vestitionsprogramm hinaus weitere Fernsprechan-schlüsse herzustellen.

Die Post ist aber auch bemüht, den vollautomatischen Selbstwählfernverkehr mit dem Ausland weiter auszubauen. So wurde mit 1. August 1971 in der Richtung von Österreich nach Italien der vollautomatische Fernsprechverkehr aufgenommen. Ab diesem Zeitpunkt können alle an den Selbstwählfernverkehr angeschlossenen Fernsprechteilnehmer - d.s. derzeit 99 % - mit der Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Italien ihre Gespräche selbst herstellen. 1973 werden andere europäische Länder in diesen Selbstwählfernverkehr einbezogen werden.

Richtfunkausbau

Im Rahmen des Richtfunkausbaues sind in den Jahren 1970/1971 folgende Vorhaben verwirklicht worden:

- Richtfunkverbindung für drei Breitbandkanäle Wien - Budapest.
- Erweiterung der Richtfunkverbindung Gaisberg - München von 3 auf 4 Kanäle.
- Erweiterung der Richtfunkstrecke Patscherkofel - Pfänder um 2, d.i. von 4 auf 6 Breitbandkanäle.
- Erweiterung der Richtfunkverbindung Wien - Anninger um 4 Breitbandkanäle für Zwecke der TV-Übertragung.
- Richtfunkverbindung Wien - Prag für 3 Breitbandkanäle.
- Aufbau von Schmalband-Richtfunkverbindungen in den Relationen

Salzburg - Gaisberg  
 Graz - Schöckl  
 Fleckendorf - Lichtenberg  
 Dornbirn - Pfänder  
 Innsbruck - Patscherkofel  
 Anninger - Jauerling

Bis zum Jahre 1973 sind geplant:

- 4 Breitbandkanäle Graz - Klagenfurt (noch 1971)
- 2 Breitbandkanäle Innsbruck - München (noch 1971)
- 4 Breitbandkanäle Wien - Innsbruck und Wien - Schöckl
- Schmalband-Begleitsysteme zum Breitbandrichtfunksystem im Abschnitt Anninger - Zugspitze.
- Schmalband-Richtfunkverbindungen für Fernsprechen in den Relationen:

Egg - Riezlern  
 Reutte - Innsbruck  
 Stanzach - Reutte  
 Bichlbach - Reutte  
 Jungholz - Reutte  
 Klagenfurt - Hermagor  
 Wien - Mistelbach  
 Hartberg - Graz

- 49 -

Koaxialkabelausbau

In den Jahren 1970/71 sind folgende Koaxialkabelstrecken in Betrieb genommen bzw. verstärkt worden:

Bischofshofen - Innsbruck, Wien - Graz, Scheifling - Murau,  
Voitsberg - Graz - Judenburg - Scheifling,  
Wien - Bruck/Leitha - Gattendorf,  
Bruck/Leitha - Frauenkirchen, Hartberg - Fürstenfeld -  
Güssing.

Für 1971 sind noch geplant:

Inbetriebnahme von 8 Videoubertragungssystemen  
Wien/Getreidemarkt - Küniglberg für den ORF und  
der Strecken Stockerau - Hollabrunn, Hollabrunn - Horn,  
Hollabrunn - Retz und Innsbruck - Bischofshofen.

Auf Grund von Initiativanträgen von SPÖ-Abgeordneten zum Nationalrat wurde am 16.7.1971 ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldegebührengesetz geändert wird,

vom Nationalrat beschlossen. Diese Novelle hat eine Verbesserung der Befreiungsbestimmungen für die Fernsprech-Grundgebühr für hilflose und mittellose Personen gebracht. Überdies sieht die genannte Novelle die Fernsehgebührenbefreiung für blinde und taube Personen vor.

Im Rahmen der neben dem Fernmeldeinvestitionsprogramm bestehenden sonstigen Investitionsprogramme der Post sind insbesondere folgende Leistungen erbracht worden bzw. in absehbarer Zeit in Aussicht genommen:

- Der Neu- und Umbau von Postämtern und Postgaragen.
- Die Vergrößerung und bessere Ausstattung des Fahrzeugparks. 1970 wurden 85 neue Omnibusse angeschafft, darunter die Hälfte Großraumbusse mit 51 Sitzplätzen. Heuer werden die ersten Prototypen eines etwas kleineren Omnibusses (43 Sitzplätze) mit derselben Ausstattung beschafft. Diese beiden Bustypen dienen künftighin als Einheitsbusse für den Post- und den Bahnkraftwagendienst.
- Die forcierte Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen im Postdienst durch Beschaffung bzw. Einsatz technischer Einrichtungen (Briefaufstell- und Briefverteilungsanlagen in den großen Umleitepostämtern, Paketverteilungsanlagen, stärkere Heranziehung der Datenverarbeitung im Postdienst, Automation des Geldverkehrs und verstärkter Einsatz von Kleinkraftwagen im Landzustelldienst).
- Die Beschaffung von Bahnpostwagen und Hausbrieffachanlagen.

## Schifffahrt

Der Rhein-Main-Donaukanal soll nach den derzeitigen Terminplänen 1981 fertiggestellt sein, wobei allerdings die volle Schifffbarkeit voraussichtlich erst 1989 nach Errichtung verschiedener Staustufen erreicht sein wird. Der Ausbau der österreichischen Donau-  
strecke wird daher unter Bedachtnahme auf vorstehende Ausbautermine durchgeführt. In diesem Zusammenhang werden auch entsprechende Koordinierungsmaßnahmen mit der aus energiewirtschaftlichen Gründen am Donauausbau interessierten Elektrizitätswirtschaft vorgenommen. Es wurde ein Stufenplan erstellt, der in gleicher Weise die Interessen der Schifffahrt und der Elektrizitätswirtschaft berücksichtigt. Die gesetzliche Grundlage wird in einem Donauausbaugesetz enthalten sein; ein Entwurf steht im Verkehrsministerium in Ausarbeitung, der neben den für den Ausbau der Donau zu einer Großschifffahrtsstraße erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen auch die für die Errichtung einer Kette von Großkraftwerken notwendigen Regelungen zum Gegenstand hat.

Im Zug der eingeleiteten Reorganisation der DDSG ist von der Unternehmensleitung ein Konzept ausgearbeitet worden. Das Unternehmenskonzept wird derzeit von einem aus Vertretern des Verkehrs- und Finanzministeriums gebildeten Komitee, dem auch Vertreter der DDSG angehören, geprüft.

Angelaufen ist bereits die Umstellung der Güterflotte auf die kosten- und personalsparende Schubschifffahrt im Ostverkehr und auf Selbstfahrer im Westverkehr. Über den Bau neuer Passagierschiffe wird im Zug der Beschlußfassung über das Unternehmenskonzept zu entscheiden sein. Weiters sind Gespräche über die Konzentration der Österreichischen Donauschifffahrt im Gange.

## Luftfahrt

Unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Regionalplanes für Europa und den Mittelmeerraum (EUM-Regionalplan) wurde eine umfassende Flughafenbauplanung vorgenommen. Der auf regelmäßigen ICAO-Regionalkonferenzen ausgearbeitete und ergänzte EUM-Regionalplan legt die Ausbauerfordernisse für die europäischen Flughäfen im Einklang mit der Verkehrsentwicklung fest.

Die zur Realisierung der Ausbaupläne erforderlichen Zivilflugplatzbewilligungen wurden für die Flughäfen Graz und Klagenfurt bereits erteilt, während die Verfahren zur Erweiterung der Zivilflugplatzbewilligung für die Flughäfen Wien und Salzburg beim Bundesministerium für Verkehr noch rechtsanhängig sind. Bezüglich des Flughafens Linz-Hörsching ist das Verfahren beim Bundesministerium für Landesverteidigung anhängig.

Der Ausbau des Radarnetzes der Flugsicherung wurde fortgesetzt. Am 22.10.1970 wurde die Mittelbereichs-Radaranlage Kohlberg (Oberösterreich) in Betrieb genommen. Damit konnte die Radarabdeckung Österreichs entscheidend verbessert werden; hievon ausgenommen sind allerdings noch immer Vorarlberg und Teile der Steiermark, Kärntens und Tirols. Die beiden in Betrieb befindlichen Primärradaranlagen Buschberg und Kohlberg sollen noch durch Sekundäranlagen ergänzt werden, die den Flugverkehrskontrolloren zusätzliche Informationen liefern werden.

Die vorgesehene Umflottung der AUA auf DC 9 wurde bereits in der Sommerflugplanperiode 1971 eingeleitet. Die Übernahme der Bundeshaftung für hierfür notwendige

- 53 -

AUA-Kredite ist sichergestellt. Für die Umflottung ist es auch möglich, die Qualität des grenzüberschreitenden Luftverkehrs von den Bundesländerflughäfen aus zu verbessern, da die freiwerdenden Jet-Flugzeuge (Caravelle) die Turbopropflugzeuge Viscount ersetzen werden. Dieser Flugzeugtyp gestattet es, eine größere Kapazität anzubieten und ausländische Flugzentren in verkürzter Reisezeit anzufliiegen.

Mit der Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Österreich und der Eurocontrol am 8.7.1971 in Brüssel wurde ein erster Schritt zur Kostendeckung des Aufwandes für Flugsicherungseinrichtungen getan. Nach diesem Vertrag sollen seitens Eurocontrol ab 1.11.1971 Flugsicherungsstreckengebühren auch für Österreich eingehoben werden. Zur Durchführung sind noch entsprechende legislative Maßnahmen erforderlich; die diesbezüglichen Verfahren sind eingeleitet.

## Elektrizitätswirtschaft

Als Ergebnis der Koordinationstätigkeit ist die Beschlußfassung über die Errichtung des ersten österreichischen Kernkraftwerkes als Gemeinschaftskraftwerk sowie die Einigung über den weiteren Ausbau auf dem gesamten Energiesektor zu werten.

Das von der Verbundgesellschaft und den Landesgesellschaften erstellte koordinierte Ausbauprogramm sieht eine Erzeugungssteigerung des Verbundkonzerns von derzeit ca. 12.000 GWh auf ca. 20.000 GWh im Jahr 1980 vor und ist damit auf einen jährlichen Bedarfszuwachs von 7,2 % ausgerichtet. Die darin enthaltenen wichtigsten Bauvorhaben des Verbundkonzerns sind neben den bereits im Bau befindlichen Kraftwerken (Zemmkraftwerke, Ennskraftwerk Schönau, Donaukraftwerk Ottensheim, Draukraftwerk Rosegg) die Projekte Kraftwerk Klaus (Steyr), Draukraftwerk Ferlach, Donaukraftwerk Altenwörth, das Großspeicherkraftwerk der Österreichischen Draukraftwerke AG Malta, das Öl-(Gas)-kraftwerk Korneuburg II und das Kernkraftwerk Zwentendorf mit einem 50prozentigen Anteil der Verbundgesellschaft.

Der Investitionsaufwand für das Bauprogramm des Verbundkonzerns wird ca. 22 Milliarden Schilling betragen.

Mit dem Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf, das mit einem Siedewasserreaktor und einer elektrischen Nettoleistung von rund 700 MW ausgerüstet ist, soll im Herbst d.J. begonnen werden. Die Inbetriebnahme ist für die zweite Hälfte des Jahres 1976 in Aussicht genommen.

Der Aufsichtsrat der Österreichischen Draukraftwerke A.G. hat in seiner Sitzung vom 17.3.1971 den Baubeschluß zur

- 55 -

Errichtung des Großspeicherkraftwerkes Malta mit einer Engpaßleistung von 630 MW gefaßt.

Das Bauprogramm des Verbundkonzerns nimmt auf den Ausbau der Donau sowohl im Hinblick auf den Fertigstellungszeitpunkt des Rhein-Main-Donau-Kanals als auch darauf Rücksicht, daß Wasserkraft immer noch die sicherste Energiequelle darstellt.

Einer der größten Energieverbraucher Österreichs ist die Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG., die von der Verbundgesellschaft direkt beliefert wird. Dieses Unternehmen plant die Errichtung einer neuen Elektrolyseanlage. Der Strombedarf dieses Unternehmens wird daher von derzeit 165 MW auf ca. 245 MW steigen. Die Errichtung der neuen Anlage ist für das Unternehmen nur dann wirtschaftlich, wenn billige elektrische Energie zur Verfügung steht. Nach schwierigen, unter dem Vorsitz des Verkehrsministers geführten Verhandlungen konnte am 20.7.1971 eine Einigung erreicht werden. Damit ist man den Wünschen Ranshofens nahegekommen und hat gleichzeitig die finanzielle Belastung der Verbundgesellschaft in tragbaren Grenzen gehalten.

WienÖsterreichische BundesbahnenElektrifizierung:

- Fertigstellung der Elektrifizierung der Strecke Hütteldorf/Penzing - Meidling (Wiener Verbindungsbahn) am 23.5.1971
- Elektrifizierungsarbeiten der Strecke Maxing - Klein Schwechat, Abzw. Kliebergasse - Kledering, Oberlaa - Simmering Vbf (Fertigstellung: Ende 1971)
- Vorbereitende Arbeiten für Elektrifizierung der Strecken Oberlaa - Stadlau - Süßenbrunn ~~u.~~ Leopoldau und Meidling - Wampersdorf - Wiener Neustadt. (Fertigstellung: 1973)
- Elektrifizierungsplanung für die restlichen Strecken im Wiener Raum (Vorortelinie, Donauuferbahn) (Fertigstellung: 1974)
- verschiedene sonstige Elektrifizierungsarbeiten (z.B. Unterwerk Simmering, Zugvorheizanlage Wien Westbf)

Bauvorhaben:

- Errichtung von Gleisschleifen im Bereich des Bahnhofes Brigittenau
- Niveaufreimachung der Eisenbahnkreuzung Altmannsdorferstraße (dadurch Beseitigung von 5 niveaugleichen Kreuzungen)
- Errichtung der Schnellbahnhaltestelle Rennweg
- Ausbau der Güterdienstanlage Wien Nordwestbf, Wien Westbf und Matzleinsdorf
- Planungsarbeiten für den Zentralverschiebebahnhof Wien.

Sicherungsanlagen:

- Bau eines neuen Zentralstellwerkes in Wien Westbf mit Einbeziehung der Abzw. Schönbrunn und eines neuen Befehlsstellwerkes im Bahnhof Brigittenau

\* (Fertigstellung: 1972);

- 57 -

- Planungsarbeiten für das Zentralstellwerk Wien Matzleinsdorf - Meidling mit Einbeziehung von Unterhetzendorf - Abzw. Altmannsdorf, Fernsteuerung Maxing
- Planungsarbeiten für el. Mittelstellwerk in Penzing, Oberlaa, Maxing samt Automatisierung des Blockpostens St. Veit 1 und Einbeziehung der Abzw. St. Veit/Wien, Zentralstellwerk Stadlau mit Einbeziehung Breitenlee und Süßenbrunn
- Bau einer Zugzielanzeige im Bahnhof Wien Westbf zur besseren und rationelleren Information der Reisenden
- Fertigstellung einer Verschiebfunkanlage im Bahnhof Brigittenau, Bau solcher Anlagen in den Bahnhöfen Wien Westbf, Praterstern, Meidling
- Rationalisierung des Wagendienstes im Bahnhof Klein Schwechat mit Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen
- Ausrüstung mit Induktiver Zugsicherung (INDUSI): Baubeginn auf der Strecke Meidling - Gloggnitz noch heuer, Planungsarbeiten für die Strecke Meidling - Floridsdorf

#### Anschlußbahnen:

- eine Anschlußbahn mit zugesagter Förderung in Jedlersdorf (jährlicher Wagenzuwachs 1000)
- 1 Ansuchen um Förderung einer Anschlußbahn in Stadlau (jährlicher Wagenzuwachs 3000)

#### Reisezugverkehr:

- Führung eines Auto-Reisezuges Düsseldorf - Wien
- Führung einer TEE-Verbindung zwischen Wien und dem norddeutschen Raum ab Beginn Fahrplan-Winterabschnitt 1971/72
- Verdichtung des Verkehrs auf der Wiener Schnellbahn um 6 Züge je Werktag

- 58 -

- Einrichtung eines neuen Zuges für Pendler von Wien nach Marchegg
- Führung von 6 Zügen auf der Preßburgerbahn mit Elektrotriebwagengarnituren
- Verdichtung des Schnellbahnverkehrs nach Auslieferung der 8 bestellten Schnellbahngarnituren auf die Südbahn sowie verstärkter Einsatz auf der Preßburgerbahn
- Untersuchungen über die Möglichkeiten der Errichtung eines Verkehrsverbundes im Wiener Raum; Gespräche mit den Bundesländern wurden eingeleitet.

#### Kombinierter Verkehr:

- Ausbau des Container-Umschlagplatzes Wien Nordwestbahnhof

#### Post- und Telegraphenverwaltung

##### Herstellung von zusätzlichen Fernsprechanschlüssen:

Die über Auftrag des Bundesministers für Verkehr im Vorjahr mit der Stadt Wien geführten Verhandlungen über die Sonderfinanzierung von zusätzlich herzustellenden Fernsprechanschlüssen konnten zu einem positiven Abschluß gebracht werden, sodaß es möglich sein wird, in den Jahren 1971 und 1972 17.100 zusätzliche Fernsprechanschlüsse herzustellen. Insbesondere sind Ausbauarbeiten im 10. Bezirk (Per Albin Hansson-Siedlung und Raxstraße), im 13. Bezirk (Auhofstraße), im 21. Bezirk (Großfeld-Siedlung und Siemensstraße), im 22. Bezirk (Ziegelhofstraße und Essling) und im 23. Bezirk (Draschestraße und Laxenburgerstraße) vorgesehen.

Weiters wurden im Juli d.J. in Wien-Margareten vier Container (transportable Teilämter) aufgestellt, wodurch eine Anschlußmöglichkeit für 400 Einzel- und 400 Gemeinschaftsanschlüsse geschaffen wurde. Es ist geplant, in

- 59 -

diesem Bezirk Mitte August einen weiteren Container aufzustellen. Weiters sollen bis Oktober d.J. in Stadlau, Kagran und Oberlaa je zwei Container aufgestellt werden. Auf diese Weise wird es möglich sein, insgesamt 5.500 Hauptanschlüsse in Wien herzustellen.

#### Neubauten:

- Postämter: 1140 Wien (neues zentrales Abgabepostamt Wien Penzing)  
1205 Wien  
1103 Wien (Ostgleishalle)
- Wählämter: Wien-Groß Jedlersdorf  
Wien-Heiligenstadt

Weiters sind noch größere Umbauten bei den Wählämtern Wien-Fünfhaus, Wien-Rasumofskygasse und Wien-Treustraße vorgenommen worden.

Am 15. Juli 1971 wurde die erste Fernwähl-Leitwegeinrichtung nach dem ITT-Wählsystem 11 E im Hauptbereichsamt Wien-Börseplatz eingeschaltet, wodurch eine große Entlastung im Telefonverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden konnte.

Weiters sind projektiert der Neubau eines Post- und Wählamtes in Kagran, die Errichtung von neuen Wählämtern in Oberlaa, Kaiserebersdorf und Hetzendorf, die Übersiedlung des Postamtes Kalksburg in neue Räume sowie die Anmietung von neuen Postamtsräumen in der Großfeldsiedlung.

#### Schifffahrt:

Im Zusammenhang mit dem Donauausbau wird auch die Förderung des Hafenausbaues in Wien weitergeführt.

- 60 -

10. Bundesministerium für Landesverteidigung

Bei der Beantwortung der Frage, inwieweit seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung Maßnahmen für das Bundesland Wien gesetzt werden bzw. wurden, muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß dem österreichischen Bundesheer eine wesentliche Bedeutung als Wirtschaftsfaktor zukommt. So ist das Bundesheer bei der Erstellung seiner Investitions- und Beschaffungsprogramme stets bemüht, seinen Güterbedarf nach Möglichkeit im Inland zu decken. Auf diese Weise werden alljährlich an die österreichische Wirtschaft Aufträge von bedeutendem Umfang vergeben. Im Hinblick darauf vermag das österreichische Bundesheer in einzelnen Wirtschaftszweigen wesentlich zur Stabilität der Auftragslage und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen.

Dem Bundesland Wien sind in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1971 Auftragswerte im Ausmaß von 1.421,5 Mio Schilling zugeflossen.

11. Bundesministerium für Bauten und Technik

In Verwirklichung eines wesentlichen Teiles der Regierungserklärung war es möglich, die im folgenden angeführten Maßnahmen, die von besonderer Bedeutung sind zu treffen:

Bundesstraßenverwaltung

Aus Mitteln der Bundesmineralölsteuer wurden <sup>dem</sup> dem Bundesland Wien zur Verfügung gestellt:

1970 für Bundesstrassen A (Autobahnen)	216,5 Mio S
"                  B	37,2 "
1971 für Bundesstrassen A (Autobahnen)	250,0 Mio S
"                  B	111,0 "

Mit Hilfe dieser im Jahre 1971 beträchtlich gesteigerten Mitteln war es möglich folgende Baumaßnahmen zu setzen:

- 61 -

## Bundesstrassen B

Wiener Bundesstrasse (Nr. 1) Abschnitt Altmannsdorferstrasse :  
niveaufreie Kreuzung mit der Verbindungsbahn

Klosterneuburg-Tullner Bundesstrasse (Nr. 225) Abschnitt Nußdorf-Landesgrenze:  
Verbreiterung

## Bundesstrassen A

## Südautobahn:

Der Abschnitt Wien/Favoriten - Inzersdorf (4,4 km lang) wurde noch im Jahre 1970 fertiggestellt und am 19.12.1970 für den Verkehr freigegeben. In diesem Abschnitt wurde die Teilstrecke Inzersdorf-Neilreichgasse (2,4 km lang) bereits mit der definitiven Fahrbahndecke versehen.

Mit dem Bau des Autobahnastes Inzersdorf-Altmanndorfer Allee (2,7 km lang) wurde im Juli 1970 begonnen. Im betrachteten Zeitraum erfolgte die Weiterführung des Erdbaues und der Brückenbauten.

## Nordostautobahn:

Die Fertigstellung und Verkehrsfreigabe des Abschnittes Wien/Prater - Kaisermühlendamm (2,4 km lang) mit provisorischer Fahrbahndecke erfolgte am 22.12.1970.

Die Verlängerung über den Donaukanal bis zur Fahrbahn 100 des Knoten "Prater" (0,6 km lang) wurde am 7. Juni 1971 zunächst nur auf einer Richtungsfahrbahn dem Verkehr übergeben.

## Strassennetz:

Durch das Bundesstrassengesetz 1971, das am 16.7.1971 vom Nationalrat beschlossen wurde, liegt nunmehr ein hochrangiges Strassennetz fest. Davon entfallen auf das Bundesland Wien

108 km Bundesautobahnen	(A)	bisher 86 km
2,6 km Bundesschnellstrassen	(S)	" 0
138 km Bundesstrassen	(B)	" 31 km

Brückenbauten

	Bezeichnung	Baubeginn	vorauss. Fertigstellung	Gesamtkosten in Mio S
Nordostautobahn	4. Donaubrücke u. Brücken im Knoten Kaisermühlen	Juli 1967	Nov. 1970	300
	Praterhochstrasse	März 1969	Nov. 1970	41
	Donaukanalbrücke	April 1969	Juni 1971	28
Südautobahn	4 Objekte (ES 6, 7, 8 u. 10) in d. Abzweigung Inzersdorf zur Bdsstr. 1 (Altmannsdorferstr.)	Dez. 1970	März 1973	116,5
No	Objekt ES 19 - Anschluß stelle Favoriten u. weitere (kleine) Objekte im Abschnitt Favoriten-Land- strasse		in Ausschreibung voraussichtlich heuer noch Vergabe	voraussichtl. 190,0
Bundesstrasse				
osterneuburg- Fullner Bdsstr. B 225	Hangbrücke; Strassen- u. Eisenbahnbrücke Abschnitt Nußdorf- Landesgrenze	Mai 1970	Juli 1973	64,6

Hochwasserschutz:

Das Bundesministerium für Bauten und Technik fördert den von der Stadt Wien geplanten verbesserten Hochwasserschutz für die Bundeshauptstadt gegen eine Hochwasserführung von 14.000 m<sup>3</sup>/s. durch Bereitstellung von Bundesmitteln nach dem Wasserbautenförderungsgesetz in Form eines Pauschalbeitrages von 680 Mio S. Die erste Rate wurde im Jahre 1970 mit 59 Mio S geleistet, im Jahre 1971 werden 61 Mio S zur Verfügung gestellt.

Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen.

Die über Empfehlung der Kommission des Wasserwirtschaftsfonds laut Fondsmittelverteilung 1971 geförderten Maßnahmen betreffend Wasserversorgungs und Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der betrieblichen Abwasserbeseitigungs-

- 63 -

anlagen für ganz Österreich erreichen im Jahre 1971 ein Volumen von rund 2,3 Milliarden S und betreffen 318 zum Teil sehr umfangreiche Anlagen. Weitere 62 Anlagen mit einer Kostensumme von über S 600.000.000,-- sind im Österreich-Eventualprogramm vorgesehen.

Als repräsentative Bauvorhaben im Bundesland Wien sind zu nennen:

Wasserversorgungsanlagen: Stadt Wien, Ringleitung Süd; Stadt Wien, Ringleitung Ost

Abwasserbeseitigungsanlagen: Stadt Wien, Tullner Bundesstraße

Genehmigte Förderungsmittel ( für den Bereich des Bundeslandes Wien)

1970 und 1971 : S 241,105.000,--

#### Hochbauten

Die Behebung des Fehlbestandes an Bausubstanz der österreichischen Hoch-, allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen war ein Hauptanliegen der Regierungserklärung betreffend die Bildung von Budgetschwerpunkten. In Verfolgung dieses Vorhabens wurde der Ansatz des Bundesvoranschlages 1971 für Schulneubauten angehoben. Des weiteren wurden Mittel für die Durchführung eines Leasing-Bauprogrammes bereitgestellt. Seit Regierungsantritt wurden daher die Planung und teilweise bereits der Baubeginn an einer Reihe von Vorhaben ermöglicht.

Seit Regierungsantritt wurden folgende Schulbauvorhaben für das Bundesland Wien bereits begonnen bzw. werden bis Ende 1971 noch eingeleitet werden:

Wien IX, Borschkegasse 8a, Ausbau für das Krebsforschungsinstitut

Wien IX, Währinger Straße 17, Montagebau für die Universität Wien

Wien XIX, Hochschule für Welthandel, Erweiterungsbau (nicht aus Bundeshochbaukrediten)

Wien IV, Argentinierstraße 11, Adaptierung für Institute der Technischen Hochschule

Wien IX, Währinger Straße 38 - 42, Universitätsinstitut, Aufstockung

- Wien VI, Amerlingstraße, Neubau des Bundesgymnasiums  
Wien XV, Possingergasse, Neubau des Bundesgymnasiums für Mädchen  
Wien XIII, Wenzgasse 7, Bundesrealgymnasium für Mädchen,  
Errichtung eines Klassen- und Turnsaalzubaus in Fertigteilbau-  
weise (bis Jahresende fertiggestellt)  
Wien IX, Gymnasiumstraße 93, Bundesrealgymnasium, Aufstellung  
eines Fertigteilpavillons (bis Jahresende fertiggestellt)  
Wien XX, Jägerstraße, Neubau des Technologischen Gewerbemuseums

Im Jahre 1971 werden außerdem folgende Schulbauvorhaben fer-  
tiggestellt:

- Wien VI, Getreidemarkt 9, Technische Hochschule, Chemiehoch-  
haus, 1. Bauabschnitt  
Wien I, Universitätshauptgebäude, Sanierung von Hörsälen  
Wien IV, Karlsplatz, Technische Hochschule, Adaptierung für  
besondere technische Einrichtungen  
Wien VI, Getreidemarkt 9, Technische Hochschule, Adaptierung  
von 2 Instituten  
Wien X, Ettenreichgasse, Päd. Akademie, 1. Bauabschnitt -  
Übungsschule  
Wien XVII, Geblergasse, Bundesrealgymnasium, Erweiterung

Planungsarbeiten werden für folgende Schulbauvorhaben ge-  
leistet:

- Wien I, Helferstorferstraße, Neubau für die rechts- und  
staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien  
Wien XVIII, Sternwartegelände, Neubau für die zoologischen  
Institute der Universität Wien  
Wien IV, Freihausgründe, Neubau für Institute der Technischen  
Hochschule  
Wien VI, Getreidemarkt, Technische Hochschule, Neubau für die  
Chemieinstitute  
Wien XXIII, Mauer, Neubau des Institutes für Heimerziehung  
Wien XXIII, Mauer-St. Georgenberg, Fachschule für Technik  
Wien XVII, Kalvarienberggasse, Bildungsanstalt für Arbeits-  
lehrerinnen

- 65 -

Zur Behebung der ärgsten Schulraumnot wurde außerdem ein Schnellbauprogramm zur Schaffung zusätzlicher Klassen aufgestellt, in dessen Rahmen in

Wien XXI, Franklinstraße, Bundesgymnasium für Mädchen, ein Montagebau mit 10 Einheiten errichtet und bis zum Herbst fertiggestellt wird.

Im Wege der Vorfinanzierung durch die Stadt Wien können die allgemeinbildenden höheren Schulen in Wien-Liesing, Per Albin Hansson-Siedlung und in Wien XXI, Jochbergengasse, in Angriff genommen werden.

Daneben wird noch eine größere Reihe von Bauvorhaben weitergeführt und teilweise im Jahre 1971 auch abgeschlossen werden. So werden in Schönbrunn im Tiergarten und der Wagenburg Sanierungen und Adapterungen durchgeführt. Weiters werden 8 Schulen und Amtsgebäude an das Fernheizwerk der Stadt Wien angeschlossen.

#### Schulbaukredite

In den Jahren 1970 und 1971 wurden für diesen Zweck Kredite in der Höhe von 596.931,-- Schilling zur Verfügung gestellt.

## 12. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Mit der Schaffung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wurde nach ausländischem Vorbild auch in Österreich eine Zentralstelle für Wissenschaft und Forschung errichtet. Die Experten der OECD hatten in ihren (bereits vor Schaffung des Ministeriums abgeschlossenen) Empfehlungen für die zukünftige österreichische Forschungspolitik die Schaffung einer staatlichen Zentralstelle für Wissenschaft und Forschung empfohlen, und in den Diskussionen nach Schaffung des Ministeriums die Richtigkeit dieser Vorgangsweise bestätigt.

Innerhalb der dem Ministerium gesetzlich übertragenen Aufgaben der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes und der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln für Zwecke der Forschung und Entwicklung konnte das Ministerium eine relativ große Anzahl von Erfolgen erzielen; es seien hier nur kurz einige herausgegriffen und gesondert erwähnt. So wäre auf die Erhöhung der Bundesmittel für Forschung und Entwicklung im Jahre 1971 um 17% (Gesamtsteigerung der Bundesausgaben um 9,7%), auf die Durchsetzung einer Zuwendung von je 15 Millionen Schilling an die beiden Forschungsförderungsfonds im Jahre 1970, auf die Intensivierung der Auftragsforschung durch Schaffung eigener Mittel hierfür im Budget 1971, auf die schwerpunktmäßige Erhöhung der Ausgaben des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung von 45 Millionen Schilling im Jahre 1970 auf 74 Millionen Schilling im Jahre 1971 und des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, dessen Ansätze von 49 Millionen Schilling für das Jahr 1970 auf 85 Millionen Schilling für das Jahr 1971 gesteigert wurden, hinzuweisen. Dazu kommt die Erstellung des Entwurfes eines mittel- und längerfristigen österreichischen Forschungskonzeptes und eines hierfür bestimmten Finanzierungskonzeptes. Im besonderen wäre gerade in diesem Zusammenhang auf die Erstellung einer Forschungskonzeption für die österreichische Studien-gesellschaft für Atomenergie Ges.m.b.H. und für die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal zu verweisen. Nicht unerwähnt darf die Erstellung einer Analyse

- 67 -

der EDV-Einrichtungen im wissenschaftlich-akademischen Bereich und eine Prognose mit Alternativvorschlägen für die Bedarfsdeckung für EDV in diesem Bereich bleiben. Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erstmalig einen umfassenden Forschungsstättenkatalog erstellt und verschiedenste Forschungsaufträge, darunter eine Untersuchung über den brain-drain, durchführen lassen. Die beratende Kommission für Weltraumforschung und Erarbeitung von Vorschlägen wurde reaktiviert und verschiedene Vortragsreihen, die sich u.a. mit dem Thema Forschungstheorie und Forschungsmanagement, Hochenergiephysik, Planungsforschung und Forschungsplanung im öffentlichen und privaten Bereich beschäftigten durchgeführt. Das veranstaltete Seminar "Planung von Forschungsvorhaben und Forschungsmanagement" hat so reges Interesse gefunden, daß es mehrmalig wiederholt werden mußte. Im Sinne der Empfehlungen der OECD wurde ein Wissenschaftsforum zur persönlichen Beratung des Bundesministers in grundsätzlichen forschungspolitischen Fragen berufen, daneben wurde ein Expertenkomitee für EDV im wissenschaftlich-akademischen Bereich und ein interministerielles Forschungs koordinationskomitee zur Koordinierung der Vorbereitung und Durchführung auf dem Gebiet der Forschung, die mehrere Ressorts betreffen, geschaffen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß Projektteams eingesetzt wurden, die Vertreter von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft umfassen und die zur Erstellung von Lösungsvorschlägen für ad hoc - gestellte Aufgaben berufen sind. Diese Teams haben insbesondere die Arbeiten zur Vorbereitung des österreichischen Forschungskonzeptes, für die Forschungskonzeption für die ÖSGAE und für die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal sowie die Erstellung der Analyse der Kapazitäten der EDV-Einrichtungen im wissenschaftlich-akademischen Bereich durchgeführt. Darüber hinaus wurden derartigen Teams Arbeitsgebiete, wie die Forschungskonzeption für den österreichischen Schiffsbau, das Molekularbiologiemuseum in Salzburg, die Frage der EDV im Bibliothekswesen, die Organisation des Bibliothekswesens, die Frage von Alternativmethoden zum Tierversuch und die Probleme des Naturschutzes übertragen. Ein besonderes Schwergewicht wurde der Umweltforschung eingeräumt, die in 4 Problembereichen durch die erwähnten Projektteams behandelt wird. Diese 4 Problembereiche sind:

- 68 -

Umweltforschung - Luft, Umweltforschung - Biologie, Umweltforschung -  
Lärm, Umweltforschung - Wasser, Boden, Müll.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat eine Anzahl legislativer Maßnahmen gesetzt, bzw. die Vorbereitungen hierzu in die Wege geleitet. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Durchführung verschiedener Bundesgesetze betr. mehrere Studienrichtungen durch die Erlassung entsprechender Studienordnungen zu erwähnen. Daneben hat das genannte Bundesministerium verschiedene Novellierungen von bestehenden Gesetzen, so z.B. die des Studienförderungsgesetzes, der Medizinischen Rigorosenordnung, des Hochschultaxengesetzes angeregt und darüber hinaus verschiedene Entwürfe vorbereitet, die in nächster Zeit dem Begutachtungsverfahren zugeführt werden sollen. Hierzu gehören ein Diskussionsentwurf eines Universitäts-Organisationsgesetzes, die "Flankierenden Maßnahmen" zu diesem Entwurf, Normen, die die Neuordnung des Studiums der Rechtswissenschaften und der Medizin zum Gegenstand haben, sowie solche für die Abschaffung der Hochschultaxen, die Einsetzung einer Kommission für Verwaltungsreform, die sich mit Projektgruppen dieses Ressorts befassen soll und für die Einsetzung einer Kommission für Hochschulplanung.

Um Grundlagen für künftig zu setzende gezielte Baumaßnahmen im Bereich der Hochschulen zu schaffen, wird vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein 10jähriges Entwicklungsprogramm (1971 - 1980) ausgearbeitet, das sowohl wissenschaftliche als auch Kunsthochschulen umfaßt. Ziel dieses Programmes ist es, den Mindestraumbedarf an Hochschulen bis 1980 zu ermitteln. Das Programm, dem einerseits eine Bedarfsschätzung unter Zugrundelegung des Ersatz- und Erweiterungsbedarfes an Akademikern und andererseits das 10jährige Schulentwicklungsprogramm der Bundesregierung zugrunde liegt, umfaßt neben dem eigentlichen Hochschul-Ausbauprogramm noch die mit den erforderlichen Baumaßnahmen verbundenen Folgekosten und ein Projektprogramm.

Es ist beabsichtigt, dieses Elaborat nach endgültiger Fertigstellung - analog dem Schulentwicklungsprogramm - dem Parlament vorzulegen.

Das Programm wird alle zwei Jahre überarbeitet, sodaß den jeweiligen Erfordernissen jederzeit Rechnung getragen werden kann.

Ansonsten werden sämtliche Bauvorhaben und Bauplatzreservierungen weiter durchgeführt.

### Maßnahmen im Bereich des Denkmalschutzes

Im Interesse einer größeren Effizienz des Denkmalschutzes ist eine Novellierung des derzeit geltenden Denkmalschutzgesetzes aus dem Jahre 1923 erforderlich. Zu diesem Zweck wurde bereits ein Entwurf für eine solche Novellierung ausgearbeitet.

Dieser Entwurf wurde im Rahmen einer Enquete, die in drei Gesprächsrunden abgewickelt worden ist, einem größeren Personenkreis vorgestellt.

In der ersten Gesprächsrunde, am 6. Mai 1971, wurden die der Novellierung zu Grunde liegenden einzelnen Bestimmungen, mit welchen tatsächliche Lücken im Denkmalschutzgesetz geschlossen werden sollen, im Kreise von Hochschullehrern und Denkmalschutzexperten zur Diskussion gestellt. Das Ergebnis dieser Gesprächsrunde wurde in einem modifizierten Entwurf der Novellierung berücksichtigt.

In der zweiten Gesprächsrunde vom 4. Juni 1971 wurde der überarbeitete Entwurf einem mehr praxisbezogenen Forum vorgestellt. Dieses Forum setzte sich aus Vertretern der Dachorganisationen der Architekten, des Fremdenverkehrs und jener Bundesministerien zusammen, die für die Bauten des Bundes verantwortlich sind. Bei dieser zweiten Gesprächsrunde bekannten sich fast alle Gesprächsteilnehmer zu den geplanten Neuerungen auf dem Sektor des Denkmalschutzes.

Zu der dritten und letzten Gesprächsrunde waren die von den Neuerungen des Denkmalschutzgesetzes unmittelbar Betroffenen geladen. Es waren dies die Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, der Verbindungsstelle der Bundesländer, der Haus- und Grundbesitzer, der Religionsgemeinschaften, des Kunstsenates und andere.

Von keiner Seite wurden gegen die Neuerungen grundlegende Einwendungen erhoben.

An diese Beratungen wird sich in weiterer Folge das offizielle Begutachtungsverfahren anschließen.

- 70 -

Als besonders bemerkenswerte Publikation des Bundesdenkmalamtes ist anzusehen, daß - nach jahrelangen Vorarbeiten - nunmehr der erste Teil des "Atlas der historischen Schutzzonen in Österreich" vorliegt, welcher die Städte und Märkte Österreichs zum Inhalt hat. Dieses Werk fand - gleichsam als Pioniertat - bereits internationale Anerkennung.

Zum Zwecke der Information der Öffentlichkeit über die Arbeit des Bundesdenkmalamtes wurde im Herbst vergangenen Jahres eine Ausstellung "Denkmalschutz in Österreich", der die Arbeit des Bundesdenkmalamtes in den Jahren 1945 bis 1970 zum Gegenstand hat, veranstaltet. An Hand von Objekten aus den Restaurierwerkstätten des Bundesdenkmalamtes, an Hand von Ausgrabungsobjekten, durch zahllose Photos und anderes wurde die Bevölkerung mit den Problemen und der Arbeit des Bundesdenkmalamtes vertraut gemacht.

Die Ausstellung wurde auch bereits in Klagenfurt gezeigt und soll nach und nach möglichst in allen Landeshauptstädten geboten werden.

Im Zuge der normalen Tätigkeit des Bundesdenkmalamtes wurden in allen Bundesländern die Arbeiten zum Schutze der Konservierung oder Wiederinstandsetzung von Denkmalen fortgesetzt. Neben der Restaurierung einzelner Objekte unmittelbar durch das Bundesdenkmalamt erfolgen Restaurierungen und Instandsetzungen unter der Aufsicht des Bundesdenkmalamtes zumeist durch die Vergabe von Förderungsmitteln. Solche Förderungsmittel können sich entweder auf Einzelobjekte beziehen oder aber in Form der sogenannten Fassadeninstandsetzungsaktionen auch auf ganze Ensembles (etwa Stadtplätze).

Um nur einige wenige Beispiele aufzuzählen wäre zu erwähnen, daß Förderungsmittel u.a. für nachfolgende Objekte vergeben wurden:

- 71 -

Karlskirche; Servitenkirche; Wien 1., Kurrentgasse 8;  
Wien I., Seitenstettengasse 2 (Kornhäuslturm); Wien 19,  
Hackhofergasse 17 (Zwettlerhof).

Im Bereich der Bundesmuseen fanden im Berichtszeitraum  
zahlreiche wissenschaftlich fundierte Ausstellungen  
statt:

z.B. Rembrandts Graphik in der Albertina, Oskar-Kokoschka-  
Ausstellung in der Österr. Galerie, Weltraum-Ausstellung  
im Museum des 20. Jahrhunderts, erstmalige Darbietung  
der Bestände osteuropäischer Volkskunst des Österr.  
Museums für Volkskunde seit dem 2. Weltkrieg, Eröffnung  
des Heroons von Gjölbasi sowie des 2. Teiles der Sekun-  
därgalerie (Italienische und spanische Meister) im  
Kunsthistorischen Museum, Tag der Offenen Tür in den  
Museen.

Programm der Wiener Festwochen im Museum des 20. Jahr-  
hunderts (Arena 70 und Puppenfestival), zahlreiche Aus-  
stellungen in den Bundesmuseen, Subventionierung des  
Elektropathologischen Museums.

Im Rahmen des 1. Budgetüberschreitungsgesetzes 1971  
wurden zur teilweisen Abdeckung des an den wissenschaft-  
lichen Bibliotheken bei der Anschaffung von Literatur  
bestehenden Nachholbedarfes zusätzliche Mittel bereitge-  
stellt. Es besteht jedoch weiterhin ein enormer Rück-  
stand, zu dessen Abdeckung erhebliche Mittel erforder-  
lich wären.

Zur Reform des wissenschaftlichen Bibliothekswesens wurde  
ein Arbeitskreis für Bibliotheksreform eingesetzt, der  
seine Tätigkeit in Form von 3 Arbeitsgruppen (Arbeits-  
gruppe für Organisation des Bibliothekswesens, Arbeits-  
gruppe für rechtliche Probleme des Bibliothekswesens und  
Arbeitsgruppe für den Einsatz der elektronischen Datenver-  
arbeitung im Bibliothekswesen) durchgeführt.

- 72 -

In Wien wird derzeit der Dachboden der Neuen Hofburg zu einem Büchermagazin der Österreichischen Nationalbibliothek umgestaltet.

Abschließend darf zu diesem Ressort bemerkt werden, daß naturgemäß die Initiativen und Maßnahmen, die seitens des Wissenschafts- und Forschungsministeriums gesetzt werden, nicht auf einzelne Bundesländer beschränkt sein können, sondern im wesentlichen die studierende Jugend des gesamten Bundesgebietes erfassen müssen.

